Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kresßin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 166. **Halle, Mittwoch den 12. Dezember 1917.** **1. Jahrgang.**

Die Wahlen für die konstituierende Versammlung Rußlands.

C. B. Aus Stockholm schreibt man uns: Die tatsächlichen Angaben über das Wahlergebnis in Rußland laufen nur langsam ein, aber immerhin reichen sie schon aus, um das Bild zu berichtigen, das man aus den tendenziösen Blättermeldungen gewonnen hatte. Die schwedische bürgerliche Presse schöpft den größten Teil ihrer Nachrichten über Rußland aus den in Finnland erscheinenden schwedischen Zeitungen — und da bei diesen die Klassentendenz alle übrigen Interessen überwiegt, so ist es nicht verwunderlich, daß man hier — mit der einzigen Ausnahme des linkssozialistischen „Politiken" — immer versichert bekommt, daß die Bolschewiki eine große Wohlniederlage erlitten hätten. Was lehren aber die Tatsachen? Vor allem, daß die politische Teilnahmlosigkeit, von der so viele Zeitungen und angebliche Augenzeugen erzählt haben, in Petersburg gar nicht vorhanden ist. Im Gegenteil! Die Wahlbeteiligung ist geradezu ein Beweis für das leidenschaftliche politische Interesse. Zwischen 70 und 80 von Hundert sind zur Urne gegangen — man bedenke, was das in einem Lande mit so jungem konstitutionellen Leben und mit kultureller Rückständigkeit heißt. Das neue Wahlrecht der Frauen nicht vergessen! Im Sommer, bei den Wahlen für die Stadtduma haben in Petersburg rund 500 000 gestimmt, jetzt an 900 000. Und wie sieht es mit der „Niederlage" der Bolschewiki aus? Vergleichen wir wieder die Ziffern. Bei der erwähnten Wahl haben die Sozialrevolutionäre 182 253, die Kadetten 102 827, die Bolschewiki 174 253 Stimmen erhalten. Diesmal sind die Ziffern (ohne Einrechnung des Bezirks von Wassili-Ostrow: Sozialrevolutionäre 149 644, die Kadetten 245 628, die Bolschewiki 415 587. Die Bolschewiki haben also rund 240 000 Stimmen gewonnen, also um 140 Prozent zugenommen; die Kadetten gewannen 140 000, verhältnismäßig ein wenig mehr, die Sozialrevolutionäre verloren über 30 000, also rund 15 Prozent der Stimmen! Damals hatten die Sozialrevolutionäre einen Vorsprung von 8000 Stimmen vor den Bolschewiki, diesmal die Bolschewiki einen Vorsprung von 265 000! Damals waren die beiden großen, nichtbolschewistischen Parteien zusammen den Bolschewiki um 110 000 Stimmen voraus, diesmal die Bolschewiki jenen um 30 000. (Bei Einbeziehung des Wassili-Ostrow wird dieser Vorsprung noch größer sein.) Eine solche „Niederlage" kann sich sehen lassen.

Richtig ist, daß die Kadetten gut abgeschnitten haben. Sie waren die Sammelpartei für alle Reaktionäre bis zu den schwarzen Hunderten, die Angstbürger mit und ohne Portemonnaie und die verwaisten Lakaien. Sie hoben Elemente an sich gezogen, die in der Maienzeit der Revolution sozialistisch schwärmten. Aber dieses Wachstum ist durchaus logisch und entspricht der Verschärfung des Klassenkampfes in der Revolution. Die Bolschewiki haben sicher nicht geträumt, daß sich die Bourgeoisie und die an ihr schmarotzenden Schichten über Nacht zu sozialen Revolution bekehren würden.

Die Mandatsverteilung ist in Petersburg folgende: 6 Mandate fallen den Bolschewiki zu, 4 den Kadetten, 2 den Sozialrevolutionären. Die andern von den Bolschewiki rechtsstehenden sozialistischen Parteien haben keinen einzigen Kandidaten durchgebracht.

Ueber das Gesamtergebnis der Wahlen liegen Daten vor, die ein ähnliches Machtverhältnis der Parteien in ganz Rußland andeuten. Nach den bisherigen Ziffern wäre die Bolschewiki mit 2 700 000 die stärkste Partei geworden, nach ihnen kämen die Kadetten mit 2 230 000, an dritter Stelle die Sozialrevolutionäre mit 2 200 000 Stimmen. Dieses Resultat stellt eine furchtbare Niederlage für die Sozialrevolutionäre dar, die bisher als die Partei der großen, landbungrigen Bauernmassen galten. Es ist offenbar, daß die schlappe Politik in der Friedensfrage, die beim rechten Flügel der Partei sogar zur Nachgiebigkeit gegen die Helfer der Kriegstreiber der Westländer wurde, einen großen Teil der Wähler, besonders der Soldaten, den Bolschewiki zugetrieben hat. Diese Erscheinung ist eine Ueberraschung. Noch knapp vor ihrem Bekanntwerden hat Genosse Goldenberg, der dieser Tage aus Rußland zurückgekehrt ist, dem Schreiber dieser Zeilen die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Sozialrevolutionäre ihre Macht auch auf dem Lande behalten würden.

Die oben wiedergegebenen Zahlen sind indes nur insofern unvollständig, als sie nicht ganz Rußland umfassen, sondern sie geben auch über die Stimmenzahlen der andersozialistischen Parteien nichts bekannt. So ist z. B. anzunehmen, daß der Kaukasus mit seinen starken menschewistischen Organisationen dieser Partei treugeblieben sein wird. Jedenfalls ist das eine gewiß, daß die russische Konstituante eine gute Zweidrittelmehrheit von Sozialisten haben wird.

Daß die Menschewiki in ihren verschiedenen Abschattierungen die eigentlichen Verlusttragenden der Wahlen sind, ist nicht zu leugnen. In seinen Versprechungen des Petersburger Ergebnisses stellt das der radikal-demokratische Djen ebenso fest, wie die Prawda. Der Djen erklärt den Zusammenbruch damit, daß die Bolschewiki die revolutionäre Demokratie, das heißen, Bevölkerungsschichten kompromittiert hätten. Umgekehrt wird die Sache eher stimmen. Die Schwächlichkeit und Ergebnislosigkeit der demokratischen Koalitionspolitik, die Unfähigkeit, mit der Friedensfrage ernst zu machen, ist es, die die Gefolgschaft Kerenskis wie die menschewistischen Zauderer kompromittiert hat. Bezeichnend ist eines, die antibolschewistische Presse, vor allem die den Internationalisten nahestehende Nowaja Schisn mit ihren 250 000 Lesern hat noch immer einen weit stärkeren Absatz als die bolschewistischen Blätter. Die Volksmasse verschmäht nicht, die Zeitungen zu lesen, die klug schreiben, aber wählen geht sie für die Partei die energisch handelt!

Vor dem Zusammentritt der Konstituante.

Aus Petersburg wird gemeldet: Die konstituierende Versammlung wird Anfang nächster Woche zusammenkommen. Es ist noch die Frage, wieviel Abgeordnete aus der Provinz zugegen sein können, infolge der gegenwärtigen Zerrüttung des Eisenbahnverkehrs.

Havas meldet aus Petersburg: Das revolutionäre Komitee ordnete die Wiederverhaftung des ehemaligen Ministers des Innern Protopopow an, der zuerst für irrsinnig erklärt und gegen Stellung einer Kaution von 100 000 Rubel auf freien Fuß gesetzt war.

Das Komitee verhaftete die gesamte Generalkommission, die mit der Vorbereitung der Wahlen zur Konstituante betraut worden war. Der Präsident der Kommission, die beiden Vizepräsidenten und 12 Mitglieder wurden im Smolny-Institut eingeschlossen. Diese Verhaftung ruft eine lebhafte Bewegung hervor. Die Blätter sehen darin eine ernste Bedrohung der Zusammenberufung der konstituierenden Versammlung. Die 86 für die Konstituante Gewählten, die bis jetzt bekannt sind, verteilen sich wie folgt: 47 Sozialisten, 24 Maximalisten und 15 Bürgerliche.

Zu den Waffenstillstands-Verhandlungen.

Berlin, 12. Dezember. Ueber die Zugeständnisse der Entente an Rußland heißt es im **Berliner Tageblatt**: Die Kundgebung der russischen Regierung erklärt noch einmal, daß die Ententemächte den Waffenstillstandsverhandlungen keinen Widerstand mehr entgegenstellten. Die Taktik der Entente läuft darauf hinaus, Einfluß auf die Verhandlungen zu gewinnen, ohne jedoch durch eine offizielle Zustimmung der beglaubigten Diplomaten in Petersburg die jetzige russische Regierung zu festigen und die Verhandlungen zu erleichtern.

Bossische Zeitung: Die Entente hat zweifellos erkannt, daß die deutsch-russischen Verhandlungen nicht aufzuhalten sind. Sie zieht es nun vor, im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung, mit der russischen Regierung Fühlung zu nehmen, um auf die Verhandlungen Einfluß zu gewinnen und eine Verständigung zu hintertreiben. Die Mittelmächte haben jetzt doppelte Pflicht, diese Verhandlungen in so offener und entgegenkommender Weise zu führen, daß die englischen Eingriffsversuche an der Schnelligkeit der Ergebnisse scheitern müssen.

Vorwärts: Die Regierungen der Entente haben ein diplomatisches Spiel begonnen, von dem sie selber nicht wissen, wie es enden wird. Sie wollen offenbar nur Zeit gewinnen, um die deutsch-russischen Verhandlungen zu durchkreuzen. Das Ziel der Mittelmächte muß bleiben, wenn es möglich ist, der Friede mit allen, wenn dies aber nicht möglich ist, der Friede mit Rußland. Was der englische Botschafter sagte, um der Sympathie entgegenzuwirken, die Deutschlands Verhalten in Rußland finden könnte, ist mit dem Hinweis auf die Aeußerungen abzutun, mit denen der Reichskanzler im Reichstage betonte, daß es kein Hindernis gebe, mit den gegenwärtigen Machthabern in Rußland über den Frieden zu verhandeln.

Russische Wirren.

Stockholm, 10. Dezember. Falls das in Rußland investierte japanische Kapital geschädigt werde, will sich Japan durch territoriale Kompensationen sichern, durch die die russischen Verbindlichkeiten ausgeglichen würden. Trotzki hat darauf den Vertretern der Entente eine Erklärung übermitteln lassen, in der er darauf aufmerksam macht, daß Zwangsmaßnahmen gegen Rußland, vor allem aber die einzige Besetzung russischen Gebiets durch die Truppen der Alliierten weittragende Folgen haben und die Sache der Entente schwer schädigen würde.

Nach einer Times-Meldung haben Bolschewikiführer bereits öffentlich erklärt, Rußland sei gegen eine japanische Drohung nicht wehrlos. Als Gegenmaßregel käme z. B. der sofortige Anschluß der russischen Truppen in Kleinasien und im Irak an die Türken in Frage, was die Engländer Persien und Mesopotamien kosten würde!

Petersburg, 9. Dezember. (Verspätet eingetroffen.) Der Lebensmittelausschuß meldet, daß die tägliche Mehlzufuhr bereits eine Million Kilogramm übersteigt. Der tägliche Verbrauch beträgt, falls die Brotration auf 400 Gramm festgesetzt ist, fast 900 000 Kilogramm Mehl. Der Lebensmittelkommissar in Tobolsk meldet, daß die Untersuchungen die Angaben des früheren Lebensmittelministers Prokopowitsch bestätigen, wonach Sibirien eine ausgezeichnete Ernte hätte und der überflüssige Vorrat neun Millionen Tonnen ausmache. Dringende Verfügungen zur Ordnung des Transportwesens von Tobolsk nach Moskau sind getroffen.

West- und östliches Gelände.

Von Dr. **Paul Lensch**, M. d. R.

Es ist nur der erste Schritt, der Mühe macht. Nachdem Rußland nunmehr den ersten Schritt zum Frieden getan hat, ist die größte Schwierigkeit zur Beendigung des Krieges überwunden. Schon hat sich Rumänien entschlossen, an den Waffenstillstandsverhandlungen teilzunehmen, und daß in den westlichen Ländern die Regierungen alle Mühe haben, die Friedensbewegung zu unterdrücken, ist bekannt genug. Der Brief Lansdownes hat jetzt auch in England dieser Bewegung einen Kristallisationspunkt gegeben, und mancher kluge Staatsmann an der Themse mag jetzt schon die kurzsichtige Sturnackigkeit Lloyd Georges verwünschen, die es verhinderte, daß England seinerseits dem russischen Waffenstillstandsangebot zuvorkam. Nunmehr freilich werden England und Frankreich noch einmal mit höchster Entschlossenheit um den Sieg kämpfen, und doch, das steht heute schon fest, werden sie nicht mehr imstande sein, das Kriegsglück zu zwingen.

Die Entwicklung der Ereignisse hat denen recht gegeben, die auf dem Standpunkt der „östlichen Orientierung" standen, d. h. die von Anfang an den wahren Gegner in England erblickten und sich von den russenfeindlichen Kriegsspielen, wie sie beispielsweise Eduard Bernstein im August 1914 in einigen fast chauvinistischen Artikeln im Vorwärts vertrat, nicht beirren ließen. Der Zarismus ist zerschmettert, nicht weil, sondern trotzdem seine Vernichtung eine zeitlang populäres Kriegsziel auch der sozialdemokratischen Massen Deutschlands war; denn an sich konnte nichts so sehr den Zarismus in Rußland vorübergehend festigen, als eben das deutsche Geschrei nach seinem Sturz und die Proklamierung der russischen „Befreiung" als deutsches Kriegsziel. Wilson hat mit seinem Kriegsziel: Befreiung des russischen Volkes von den Hohenzollern und der Junkerschaft zunächst auch nur der Reaktion gedient. Schließlich aber hat der Zarismus doch weichen müssen. Die deutschen Siege waren die Voraussetzung der russischen Revolution, das muß immer wieder betont werden. Die Erkenntnis, daß die russische Freiheit nur unter der Voraussetzung deutscher Siege sich erheben konnte, während ein Ententesieg für die Russen vertiefte Knechtschaft bedeutet hätte, zeigt es uns erst deutlich, daß in diesem Kriege in der Tat Deutschland die revolutionäre, England dagegen die reaktionäre Rolle spielt bzw. spielen muß.

Durch das russische Waffenstillstandsangebot ist die Entente gesprengt. Das zunächst wichtige Gebot also, die gegen Deutschland bestehende Koalition aufzulösen, ist erreicht worden. Darüber hinaus aber wird auf absehbare Zeit zwischen Rußland und den Westmächten wahrscheinlich ein höchst erbittertes Verhältnis herrschen. Die Westmächte werden sich als von Rußland „im Stiche gelassen" fühlen, während Rußland wieder sich als Opfer englischer Weltherrschaftsgelüste vorkommen wird. Sollte es zu einem Staatsbankrott in Rußland kommen — woran kaum zu zweifeln sein dürfte — so wäre das der furchtbarste Nackenschlag, der das aus tausend Wunden blutende Frankreich treffen könnte. Die Tonart der französischen und englischen Presse ist jetzt schon derartig wüst und zügellos, daß man für die Zukunft auf eine lang andauernde Entfremdung wird rechnen müssen. So bedauerlich das nun auch vom sozialistischen Standpunkt aus sicherlich ist, der nicht auf eine Verschärfung, sondern auf eine Aussöhnung der nationalen Gegensätze ausgeht, so notwendig wird es sein, an die Stelle unserer Wünsche die Erkenntnis harter Tatsachen zu setzen.

Je deutlicher Rußland erkennt, daß die Politik Englands im schärfsten Gegensatz steht zu den russischen Lebensinteressen, um so weniger wird es sich in Zukunft noch einmal vor den Wagen englischer Weltherrschaftspläne spannen lassen. Diese englisch-russische Entfremdung aber ist eine wesentliche Voraussetzung für die zukünftige Ruhe in Europa. Nach Veröffentlichung der russischen Geheimakten wissen wir eigentlich erst so recht oder beginnen, es zu wissen, welche Zukunft uns zugedacht war, und es will schon etwas sagen, wenn es nun auch in der neutralen Presse etwas zu tagen anfängt. So schreibt im Amsterdamer Standaard der frühere holländische Ministerpräsident Dr. Kuyper, ein Mann, der sich allerdings immer ein objektives Urteil gewahrt hatte:

Die Oeffnung der Geheimarchive in Petersburg hat ganz Europa nicht bloß überrascht, sondern in erschreckendes Staunen versetzt. Man hatte wohl angenommen, die Verbandsmächte seien sich lange vor 1914 einig gewesen, was sie im Falle eines Krieges tun würden. Aber wie schonungslos man sich auch die Habsucht des Verbandes vorgestellt hatte, so hatte doch kein Mensch auch nur im entferntesten zu denken gewagt, daß England, Frankreich, Italien und Rußland zu einer Zeit, als man den Kaiser von Deutschland sowohl in London wie in Petersburg auf das aufrichtigste freundschaftlichste empfing, sich hinter seinem Rücken buchstäblich verschworen würden, um Deutschland zu gelegener Zeit zu überfallen. Selbstredend blieben der deutschen Regierung, wie geheimnisvoll man auch verfuhr, diese Vorgänge nicht verborgen. Daher durfte Deutschland im Juli 1914 keinen Augenblick zögern, wenn es der Falle entgehen wollte. Es mußte sich auf alle Eventualitäten vorbereiten und seinen Feinden zuvorkommen. Aus den Archiven geht hervor, daß man es darauf angelegt hatte, die Mittelmächte so gut wie unvermutet zu überfallen und ihnen einen tödlichen Stoß zu versetzen, von dem sie sich, wie man hoffte nie wieder erholen würden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171212-14/fragment/page=0001

Wie sorgfältig und systematisch die Westmächte dabei zu Werke gingen, das ergibt sich auch aus Dingen, die freilich in jenen Geheimakten nicht zu finden sind, die aber doch von höchster Wichtigkeit für uns geworden sind. Wir meinen damit die Bearbeitung, die genau ein Jahrzehnt vor dem Kriege in Belgien von Frankreich aus einsetzte, mit dem Ziele, das Land aus seiner neutralen Stellung herauszumanövrieren. Ueber diese Dinge ist soeben ein höchst anschauliches, fast nur aus Tatsachen bestehendes Buch aus der Feder des bayrischen Landtagsabgeordneten Dr. Dirr erschienen: Belgien als französische Ostmark, bei dessen Lektüre dem sozialdemokratischen Leser sich eine neue Welt auftut. Dem Spürsinn Dr. Dirrs verdankt die Oeffentlichkeit die Auffindung jener belgischen Gesandtenberichte, deren Veröffentlichung im Jahre 1915 wie eine Bombe einschlug, und die noch heute im Ententelager verlegen umkrochen werden. In seinem Buche nun — übrigens einem stattlichen Wälzer von fast 500 Seiten — bringt Dirr eine fast überschwengliche Materialmasse herbei, mit welcher Unverfrorenheit und zugleich Zielsicherheit sich die französische Republik in die inneren Verhältnisse Belgiens einmischte, mit der ausgesprochenen Absicht, das Land einer zukünftigen Einverleibung in Frankreich entgegenzuführen. Man mag über das Aussichtslose einer solchen Politik noch so viel Argumente anführen, man mag sagen, daß weder Deutschland noch England einer solchen Einverleibung jemals zustimmen würden: Tatsache bleibt doch, daß diese dreiste Agitation der französischen Chauvinisten in Belgien guten Boden fand, einen großen Teil der wallonischen Bevölkerung daran gewöhnte, sich als „ein Eckchen Frankreichs" zu betrachten und der Annektion durch Frankreich entgegenzusehnen. Ueberflüssig zu sagen, daß diese mit amtlichen französischen Mitteln unterstützte und im größten Stile in der Schule, in der Presse, in besonderen, sehr zahlreichen Organisationen betriebene Agitation auch in den innerbelgischen Streit zwischen Flamen und Wallonen eingriff. Vor allem aber vergiftete sie die öffentliche Meinung Belgiens und hetzte sie in verhängnisvoller Weise gegen Deutschland auf. Daß das „heimatverlangende" Elsaß-Lothringen hierbei eine große Rolle spielte, versteht sich fast von selber. So wurde an unserer Westfront in diesem „neutralen" Lande eine Stimmung heraufgesüchtet, die schlechterdings nichts mehr mit Neutralität zu tun hatte. Man träumte von einem „Großfrankreich von Ostende bis nach Südwestafrika. Wie sehr die Erwerbung des Kongostaates durch Belgien dazu beitrug, Belgien in eine schiefe, mit seiner Neutralität sowohl wie mit seinem kleinen Gebietsumfang nicht zu vereinende Weltmachtsstellung hineinzutreiben, haben übrigens belgische Sozialisten vor dem Kriege in der Neuen Zeit deutlich ausgesprochen. Man trachtete nach Gebietserweiterung, und nichts war so bezeichnend, als daß der famose Herr von Brocqueville, belgischer Staatsminister, bei Ausbruch des Krieges und jetzt noch in Havre, sofort nach Zurückweisung der deutschen Bitte um Erlaubnis des Durchzuges 1914 in einem Briefe sich dahin aussprach, er hoffe, daß dieser Krieg für Belgien Eroberungen bringen werde.

Der Krieg hat nun freilich durch diese Spekulationen einen dicken Strich gezogen und das belgische Volk mußte die nichtswürdige Politik seiner Regierung, die das französische Treiben ruhig mit ansah, ja indirekt noch förderte, furchtbar büßen. Um so nötiger ist es, daß in Zukunft, wenn Belgien wiederhergestellt sein wird, Deutschland vor derartigen friedensgefährdenden Agitationen an seiner Westgrenze gesichert bleibt. Das geschieht am besten durch die Erkenntnis der Westmächte, daß sie in einem etwaigen Revanchekriege Rußland nicht wieder auf ihrer Seite haben würden.

Die Wirkungen der veröffentlichten Geheimverträge.

Man schreibt der Deutschen Orient-Korrespondenz: Aus allen neutralen Ländern liegen Aeußerungen namhafter Persönlichkeiten in der Tagespresse vor, die die Wirkungen der Veröffentlichung der Geheimverträge durch die russische Regierung erkennen lassen. Ganz übereinstimmend hat man überall, wo überhaupt die Kriegsfrage ohne Voreingenommenheit beurteilt wird, aus den geheimen Vereinbarungen unserer Gegner über ihre Kriegsziele die Ueberzeugung gewonnen, daß die Entente planmäßig einen Eroberungskrieg vorbereitet hatte, dem Deutschlands Macht und Ansehen zum Opfer fallen sollte.

Bereits der Prozeß gegen den Kriegsminister Suchomlinow hatte jeden Zweifel darüber beseitigt, von welcher Seite der Krieg gewollt ist. So ist es denn erklärlich, wenn heute selbst Herr Wilson, der doch in dreisten Entstellungen und böswilligen Verleumdungen unter unseren Gegnern jeden Rekord schlägt, nicht mehr den Mut findet, über die Ursachen des Krieges zu sprechen. In seiner letzten Kongreßrede beschränkt er sich auf die Aeußerung, die Ursache des Krieges brauche er nicht zu erörtern; sie sei seit langem jedem echten Amerikaner offenbar geworden, so daß eine Wiederholung überflüssig wäre. Die „echten Amerikaner" müssen es allerdings geradezu als eine Beleidigung empfinden, wenn ihr Präsident von ihnen annimmt, daß sie heute noch den Geschichtsfälschungen irgendwelchen Glauben beimessen, die Wilson, bevor aus Rußland die Aufklärung kam, mit einigem Erfolg in die Welt setzen durfte. Zur Ehre des amerikanischen Volkes muß man annehmen, daß die Zahl dieser „echten" Amerikaner nach dem Herzen Wilsons außerordentlich gering ist.

Wilsons ganze Rede steht im Zeichen der russischen Ereignisse. Alle Drohungen mit Entziehung jeglicher Unterstützung durch Geld und Lebensmittel haben die neuen russischen Staatsmänner nicht veranlassen können, den Weg zu gehen, den ihnen die Not des Landes vorschreibt. Die Aussichten auf schwere finanzielle Verluste und die Hoffnungslosigkeit der Kriegslage haben in Amerika die durch Herrn Wilson mühsam erzeugte Kriegsbegeisterung fast zum Erlöschen gebracht. Jeder Tag bringt neue Nachrichten über den Ozean von der wachsenden Friedensneigung in England. Schon kündigt ein großes Londoner Blatt Herrn Lloyd George das Schicksal Berenskis an, wenn er glauben sollte, dauernd die Friedenssehnsucht des Volkes ignorieren zu können. In diesen Nöten greift Wilson zu dem Mittel britischer Staatsmänner: er schimmt über von Kriegsbegeisterung, strotzt geradezu von Siegeszuversicht und sucht den Anschein zu erwecken, als ob der Krieg gerade jetzt erst eigentlich begänne. Deshalb erklärt er plötzlich Oesterreich-Ungarn den Krieg, obwohl selbst die „echten" Amerikaner nicht gerade begreifen werden, welche Ereignisse diesen Schritt jetzt notwendig gemacht haben. Lansdownes Anhänger sollen glauben, daß Amerika nunmehr mit dem Kriege anfängt und zu diesem Zweck die letzten Hindernisse beseitigt, die seinem rücksichtslosen Draufgehen noch entgegenstanden.

Aber Herr Wilson wird auch mit diesem Theatercoup nirgends einen Eindruck machen. Der russische Waffenstillstand hat jede Hoffnung auf ein glückliches Kriegsende zu-

schanden gemacht; die russischen Enthüllungen der Geheimverträge haben vor der ganzen Welt offenbart, daß die Schuld am Weltkriege allein auf seiten der Entente liegt. Das ganze große Lügengewebe ist zerrissen.

Neues zur Weltlage.

Amerika preßt neutrale Untertanen zum Kriegsdienst.

Stockholm, 10. Dezember. Allahanda veröffentlicht einen überaus scharfen Einspruch gegen die Einziehung neutraler Staatsangehöriger zum Heeresdienst in Amerika. Das Blatt erklärt, daß schon eine Menge Schweden nach Frankreich eingeschifft worden seien und dort wohl schon in den Schützengräben an der Westfront stünden. Ein Stockholmer erhielt kürzlich einen Brief von einem Verwandten, der mit dem 104. Regiment aus Worcester am 25. Oktober in Birmingham ankam. Die Zensur hatte aus dem Brief Namen und Nummer des Regimentes ausgeschnitten, aber die Einzelheiten wurden doch bekannt. Nya Dagligt Allehanda schreibt hierzu: Herr Wilson hat in diesen Tagen eine hochtrabende Rede über „Edelmut und Gerechtigkeit" der amerikanischen Demokratie im Weltkriege gehalten und ausgeführt, wie er verschiedene Völker, unter anderen Deutschlands Verbündete, von „der frechen Herrschaft der preußischen Militär- und Finanzautokratie" befreien wolle. Befreien sie Herr Präsident die zum Kriegsdienst gezwungenen Neutralen von der frechen Herrschaft der amerikanischen Militär- und Finanzautokratie, und geschieht das nicht, so wird sich bei den zivilisierten Völkern Europas der bereits so starke Eindruck noch verschärfen, daß ein Gegensatz zwischen Amerikas menschenfreundlichen Phrasen und seinen rücksichtslos brutalen und autokratischen Handlungen besteht.

•

Stockholm, 11. Dezember. Die in Petersburg gebliebenen Mitglieder der vorläufigen früheren Regierung halten bis heute formell ihre Funktionen als gesetzgebende Körperschaft aufrecht. Sie veröffentlichten außer den bekannten zwei Proklamationen, die zur Schließung einer Anzahl von Zeitungen führten, nähere Gesetze, darunter eines über die Erweiterung des Emissionsrechtes der Reichsbank, das aber zurückgenommen wurde, nachdem die Reichsbank in die Hände der Bolschewisten geraten war, die die Goldvorräte beschlagnahmten und sofort mit ostentativer Arbeitsfreudigkeit die Notenpresse wieder in Gang setzten. Auch der alte Senat weigert sich sehr entschieden, den von der Bolschewistenregierung erlassenen Auflösungsbeschluß anzuerkennen.

Bern, 11. Dezember. Lyoner Blätter melden aus Mailand: Die Hausfuchung in den Geschäftsräumen der Zeitung Avanti soll negative Ergebnisse gezeitigt haben. Der Sozialist Paolini wurde verhaftet. — Giornale d'Italia zufolge ergab eine Untersuchung über den Handel mit falschen Pässen, daß der sozialistische Kommunalrat Frassina von Mailand nach der Schweiz geflüchtet ist, um der Dienstpflicht zu entgehen. — Tribuna berichtet, in Mailand seien 14 Sozialisten verhaftet worden.

London, 11. Dezember. Der Manchester Guardian schreibt zur Kriegslage, daß der Stand der Operationen bei Cambrai zu Pessimismus Veranlassung gebe. Es handle sich bei Cambrai um keinen Rückzug, sondern um einen der größten Siege des Feindes in diesem Jahre; und dabei spreche man seit zwei Jahren von einem moralischen Zusammenbruch der Deutschen. Die Zeit sei reif, zu einem Ende des furchtbaren Krieges zu kommen.

London, 11. Dezember. (Reuter.) Das Unterhaus genehmigte die weitere Vermehrung der Flottenmannschaft um 50 000 Mann.

Haag, 11. Dezember. Central News melden aus Paris: Infolge der erregten Stimmung und der revolutionären Treibereien in Spanien wurde über eine Anzahl von Provinzen der Kriegszustand verhängt. Mehrere Regimenter Kavallerie gingen nach Barcelona und Bilbao ab.

Kopenhagen, 10. Dezember. Extrabladet meldet aus Christiania: Reisende, die aus Amerika hier eingetroffen sind, erklärten, daß von Neujahr an in Amerika ein Einheitsbrot aus einer Mischung von Mais und Weizen eingeführt werden würde, da großer Mangel an Weizen bestehe. Auch auf anderen Gebieten mache sich der Krieg in Amerika immer mehr fühlbar. Namentlich herrsche starker Mangel an Kartoffeln, mit denen ausgedehnte Spekulationen getrieben würden.

Unsere heutige Karte veranschaulicht die seit dem 12. Dezember vorigen Jahres, dem Tage der Einnahme von Bukarest, erzielten Erfolge der Mittelmächte auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Die schwarz gehaltenen Flächen bezeichnen das seit diesem Tage neu gewonnene Gelände, die schraffierten Flächen die von uns behaupteten und schon im Vorjahre in unserem Besitz befindlich gewesenen Gebiete.

Der Krieg im Westen.

In Flandern nahm bei aufklärendem Wetter am 10. Dezember von Mittag an die Gefechtstätigkeit zu. Planmäßiger Beschuß lag auf unsern Stellungen vom Blankaartsee bis südöstlich Ypern mit besonderem Nachdruck auf Gegend Voelkapelle und Paschendaele. Das Feuer blieb auch bis in die Nacht hinein an vielen Stellen lebhaft. Unsre Flieger belegten mit Erfolg Ypern und Bahnhof Poperinghe mit Bomben. Unser Fernfeuer zwang 7 feindliche Ballone zum Niedergehen.

Im Artois wurden bei lebhafterer Feuertätigkeit von unsern Patrouillen südöstlich Gavrelle und westlich Mericourt ein Offizier, 10 Mann und ein Lewisgewehr eingebracht.

Beiderseits Quentin lebte bei klarer Sicht besonders in Gegend Monchy und Bullecourt sowie auf dem Kampffelde südwestlich Cambrai die feindliche Artillerietätigkeit auf und hielt auch nachts über an. Auf beiden Seiten war die Fliegertätigkeit rege. In Gegend Flesquieres stürzte ein feindlicher Ballon brennend ab.

Nordöstlich Soissons nahm auf ganzer Front die Artillerie-Tätigkeit zu und verstärkte sich gegen abend besonders in Gegend Anizy. Ein eigenes, nach kurzer Feuervorbereitung unternommenes Stoßtruppunternehmen brachte ohne eigene Verluste 22 Franzosen gefangen ein, während in der Champagne nordöstlich Four-de-Paris französische Stoßtrupps in erbittertem Handgranatenkampf abgewiesen wurden, bevor sie unsre Gräben erreichen konnten.

Oestlich der Maas gelangen an mehreren Stellen kleinere eigene Unternehmungen, die uns Gefangene und Maschinengewehre einbrachten. Im Anschluß an diese steigerte sich das Artilleriefeuer des Feindes und nahm in Gegend Ornes vorübergehend beträchtliche Stärke an.

Der Krieg zur See.

Berlin, 11. Dezember. (Amtlich.) Eines unsrer U-Boote hat im Atlantischen Ozean neuerdings drei Dampfer und einen Segler vernichtet, und zwar den englischen Dampfer „Elesna" mit Hafer, den englischen Schoner „Conosium" mit Grubenholz, sowie zwei größere bewaffnete Dampfer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 11. Dezember. Welch beträchtliches Artilleriematerial den Feinden durch die Tätigkeit unsrer U-Boote für immer entzogen wird, geht daraus hervor, daß eines unserer kürzlich von einer Fernfahrt im Mittelmeer zurückgekehrten Boote auf seiner Reise nicht weniger als zehn Geschütze mit den versenkten Schiffen in die Tiefe schicken konnte. Soweit bisher bekannt, sind seit Beginn des U-Boot-Krieges allein bis zum 1. Oktober nicht weniger als 1116 Geschütze mit feindlichen Handelsschiffen versenkt worden, während 29 Geschütze von unsern U-Booten erbeutet werden konnten. Zu diesen bekannten Verlusten kommen noch die Einbußen an Artillerie der sehr großen Anzahl unbekannter versenkter Dampfer. Außer den Geschützen ist mit den Dampfern natürlich auch die zu ihnen gehörige Munition versenkt. Anstelle all jener Schiffsgeschütze und der zugehörigen Munition hätten die Waffen- und Munitionsfabriken der Gegner entsprechend mehr Material für den Landkrieg herstellen können. Schließlich wird zur Bedienung der Geschütze ein beträchtliches artilleristisch ausgebildetes Personal benötigt, das an Land verwendet werden würde, wenn es nicht auf Handelsschiffen fahren müßte.

•

Jahresbilanz des U-Boot-Krieges.

Von einer Welttonnage von noch nicht 50 Millionen Brutto-Registertonnen ist ein reichliches Viertel versenkt, davon allein in den 10 Monaten vom 1. Januar bis zum 31. Oktober 8 047 000 Br.-Registertonnen. Berechnet man den Tonnenwert nur mit 1000 M., so ergibt sich ein Verlust von 8 047 000 000 Mark in diesem kurzen Zeitraum. Zum Ausgleich standen der Entente Neubauten, Erpressung neutralen Schiffsraumes und Entwendung deutscher Schiffe zur Verfügung. Die deutschen Bestände in normals neutralen Händen sind erschöpft, und die Erpressung neutraler Schiffe läßt sich nicht mehr nennenswert steigern. Die Neubaumöglichkeit beträgt im Jahre 2,5 bis höchstens 4 Millionen Tonnen. Doch schweigen die Entente-Schiffahrtszeitungen des Oktober auffällig über Schiffsneubauten und lassen die Erwartungen der amerikanischen Hilfe sehr gering erscheinen.

•

Berlin, 10. Dezember. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Durch verschiedene deutsche Zeitungen ist vor einiger Zeit die Mitteilung gegangen, daß nach einer Erklärung des niederländischen Ministeriums des Aeußern die deutsche Regierung sich verpflichtet habe, für den versenkten Dampfer „Blommersdyk" und den beschädigten Dampfer „Ryndyk" Schadenersatz zu zahlen. Die Höhe des Schadens sei durch zwei Kommissare festgestellt worden, von denen einer durch die deutsche und der andre durch die niederländische Regierung benannt worden sei. Nach dem „Telegraaf" habe die deutsche Regierung für den „Blommersdyk" 1 000 000, für den „Ryndyk" 1 300 000 Gulden in holländischem Gelde gezahlt.

Die Nachricht trifft zu bis auf die vom „Telegraaf" angegebenen Summen. In Wirklichkeit sind der Reederei für die versenkte „Blommersdyk" 2 997 444.95 Gulden und für die nur beschädigte „Ryndyk" 742 518.97 Gulden ausbezahlt worden.

•

Die Stimmung in Frankreich.

Berlin, 10. Dezember. Herve schreibt in der Victoire: Die Schlacht bei Cambrai, die unter so glücklichen Auspizien begonnen hatte und solch große Hoffnungen rechtfertigte, ist für unsere englischen Freunde sowohl wie für uns und die Amerikaner und Italiener eine gute Lehre: sie beweist von Neuem die Notwendigkeit eines einheitlichen Oberbefehls für den Verband, und zwar nicht nur eines interalliierten Generalstabs, sondern eines höchstkommandierenden Generalissimus. Seit dem 20. November liefert die englische Armee des Generals Byng, ganz sich selbst überlassen, der deutschen Armee eine große Schlacht, während die übrige Front von Dünkirchen bis Belfort zur gleichen Zeit so gut wie untätig bleibt! Wie sollte es unter solchen Umständen dem deutschen Generalstab nicht möglich sein, erfolgreichen Widerstand zu leisten? Andrerseits haben wir einen Monat vor der Offensive Byngs ganz unabhängig unsern Vorstoß auf La Malmetson gemacht! Wenn wir einen Generalissimus mit einem interalliierten Generalstab hätten, wären diese beiden mit knapp einem Monat Zwischenraum erfolgten Offensiven sicher gleichzeitig ausgeführt worden! Es scheint, daß unsere englischen Freunde zögern, alle ihre Armeen unter die Leitung eines französischen Generalissimus zu stellen. Zum Teufel mit den Fragen des Vorrangs und der nationalen Eigenliebe! Es handelt sich darum, ob wir den Krieg gewinnen wollen oder nicht. Wenn wir dies wollen, so müssen wir wie der Feind eine gemeinsame Leitung haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171212-14/fragment/page=0002

wird uns die interalliierte Konferenz endlich einen Generalissimus geben? (Die Konferenz hat inzwischen die Einsetzung eines Generalissimus des Verbandes abgelehnt. Red.)

Die Besprechungen der französischen Presse finden sich mit der Tatsache des Waffenstillstandes auch auf der rumänischen Front ab, geben aber der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen scheitern, oder daß in Rußland ein Umschwung durch das Auftreten einer neuen Persönlichkeit erfolgen könne. Der Waffenstillstand bedeute übrigens noch nicht den Frieden. Homme Libre will an Hand der Wahlergebnisse für die Konstituierende Versammlung auf einen Rückgang des maximalistischen Einflusses schließen. Die Gemme Kerensky, die sich plötzlich wieder erhebe, sei geradezu prophetisch.

Petit Journal glaubt, daß Rumänien den Waffenstillstand nur unter gewissen Bedingungen und Garantien angenommen habe. Rumänien könne sich doch nicht mit Haut und Haaren dem Feinde ausgeliefert haben. Man hofft immer noch, daß die Russen sich nicht mit den Mittelmächten würden einigen können. — Bataille schiebt die Schuld ausschließlich der Entente zu, wenn es so weit gekommen sei. Die in Rußland gewesenen französischen Deputierten und Minister hätten doch laut genug verkündet, daß die Stockholmer Konferenz unbedingt notwendig sei. Statt dessen habe man die Pässe für Stockholm verweigert und die Sozialisten aus der Regierung entfernt. Gröber habe man die Sozialistenregierung in Petersburg überhaupt nicht vor den Kopf stoßen können. Journal du Peuple verzeichnet die Erfolge der Maximalisten und spricht den Wunsch aus, die Entente möge die maximalistische Regierung anerkennen. Herve ist einer der wenigen, die die Maximalisten noch wie vor beschimpfen.

•

Die Wirren in Portugal.

Lissabon, 11. Dezember. (Meldung der Agence Havas.) Die Ruhe ist wiederhergestellt. Die Regierung hat entschieden, daß das Parlament aufgelöst wird. Sie hat den Präsidenten der Republik aufgefordert, zurückzutreten. Da dieser sich weigert, so wurde er ersucht, sich als verhaftet zu betrachten.

Rotterdam, 11. Dezember. Daily News erfahren aus Lissabon vom Sonntag: Bei den Republikanerunruhen sind 100 Personen getötet und 500 verwundet worden.

Vigo, 11. Dezember. (Havas.) Nachrichten von der portugiesischen Grenze zufolge herrscht in ganz Portugal Ruhe. Eine neue Regierung ist noch nicht gebildet. Der Revolutionsausschuß amtiert weiter. Die Zahl der Verwundeten beträgt 530.

•

Die Engländer in Jerusalem.

General Allenby meldet, daß seine Truppen am 8. Dezember die feindlichen Stellungen südlich und westlich von Jerusalem angriffen. Truppen aus Wales und England rückten auf Bethlehem, im Süden der Stadt Jerusalem, vor. Sie drängten den Feind zurück und marschierten im Osten an Jerusalem vorbei. Sie besetzten eine Stellung auf dem Wege von Jerusalem nach Jerichow. Gleichzeitig griff englische Infanterie und Reiterei, die von ihren Pferden abgesessen war, die starken feindlichen Positionen westlich und nordwestlich von Jerusalem an und stellte sich an beiden Seiten des Weges von Jerusalem nach Sichem auf. Die Heilige Stadt, die auf diese Weise von der Außenwelt abgeschnitten war, ergab sich Allenby. Englische politische Beamte, der britische Gouverneur der Stadt, ferner englische, französische, italienische und indisch-mohammedanische Bewachungstruppen sind unterwegs, um die Stadt zu schützen und die heiligen Orte unter ihre Bewachung zu stellen.

Berlin, 11. Dezember. Jerusalem wurde geräumt. Für die freiwillige Räumung war in erster Linie der Gesichtspunkt maßgebend, daß der geheiligte Boden nicht zum Schauplatz blutiger Kämpfe gemacht werden sollte. Demgegenüber spielte die Frage der Behauptung der militärisch wertlosen Stadt keine Rolle. Unsere Bundesgenossen wissen, daß wir an ihrer Seite stehen und daß über den Besitz von Jerusalem durch den jetzigen Erfolg der Engländer noch nicht endgültig entschieden ist.

London, 11. Dezember. (Reuter.) Die Besetzung Jerusalems hat Probleme von großer internationaler Bedeutung mit sich gebracht. Jerusalem wurde von der britischen Armee mit Hilfe von französischen und italienischen Truppenkontingenten erobert. Allenby wird einen britischen Militärgouverneur einsetzen. Die englische Flagge wird über Jerusalem wehen, die französische und italienische auf den nationalen Besitzungen dieser Länder, wie Schulen, Klöster usw., gehißt werden. Der Belagerungszustand wird verhängt werden, doch kein Versuch unternommen, die zukünftige Stellung dieser Stadt vor dem allgemeinen Friedensschluß zu regeln.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Konservativen gegen die Regierung.

Wie wenig sich die „geborenen Stützen von Thron und Altar" scheuen, gegen die Krone und ihre Minister in die allerschärfste Opposition zu treten, wenn diese es einmal wagen, sich auf die Seite des Volkes gegen die Rechte zu stellen, das hat die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage im Plenum des preußischen Abgeordnetenhauses wieder einmal aufs Deutlichste bewiesen. Das Bild war gerade umgekehrt, als wir es sonst gewöhnt sind; die Reden der Minister fanden bei ihren entscheidenden Stellen den lebhaftesten Beifall bei der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten — in den Reihen der Konservativen aber wurden sie teils mit eisigem Schweigen, teils mit höhnischem Gelächter und erregten Zwischenrufen aufgenommen. Und die Rede, mit der der Hauptredner der Konservativen, der ehemalige „Ungekrönte König von Preußen", Herr v. Heydebrand und der Lasa, dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern antwortete, zeigte den ganzen Zorn, die ganze maßlose Wut dieses kleinen Herrn über einen Zustand, in dem er eben nicht mehr die Rolle dieses „ungekrönten Königs von Preußen" spielen kann. Sein Ausdruck von den „allgemeinen Redensarten", mit denen die ganze Begründungsrede des Ministers des Innern Dr. Drews durchzogen gewesen sei, hätte, wenn sie ein Redner der Linken gegen einen Regierungsvertreter oder einen konservativen Abgeordneten gebraucht haben würde, ohne Zweifel einen Ordnungsruf nach sich gezogen. Der heute noch mächtigste Mann des preußischen Dreiklassenparlaments durfte sie ungerügt gebrauchen. . . . . .

Um den Lesern einen ungefähren Eindruck von der Stimmung der konservativen Landtagsfraktion zu geben, wollen wir in Ergänzung unseres Parlamentsberichtes nach dem amtlichen Stenogramm aus der Rede des Herrn v. Heydebrand ein paar bemerkenswerte Stellen nachträglich wiedergeben:

„Allgemeine Redensarten".

Die Ausführungen, die wir von dem Herrn Minister des Innern gehört haben, ... waren derartig von allgemeinen Redensarten durchzogen (Unruhe links), daß man damit alles oder nichts begründen kann. (große Unruhe links. — Zurufe: Sehr richtig! rechts) daß, wenn ich mir persönlich nur einen Teil dieser Bemerkungen zur Verfügung stellen will — (anhaltende große Unruhe. — Glocke des Präsidenten) ich sage, daß, wenn mir der Herr Minister des Innern nur einen Teil dieser Bemerkungen, dieser Redensarten — ich glaube, er nannte sie Determinanten — zur Verfügung stellte, ich mich anheischig mache, die Einführung der Republik aufs einleuchtendste zu begründen. (Erneute große Unruhe links. — Sehr richtig! und Heiterkeit rechts.)

Die Ankündigung der Verschleppung.

Die Bestimmungen dieser Vorlage, die ja in der Tat die wichtigste ist, die wir seit dem Bestehen unseres Verfassungsrechtes haben, werden wir mit einer ganz besonderen Sorgfalt nach allen Richtungen hin prüfen. (Lachen links. — Sehr richtig! rechts.) Es würde unverantwortlich sein, wenn man derartige Dinge, die uns noch mit besonderem Nachdruck ans Herz gelegt werden, kurzerhand oder oberflächlich behandeln wollte. (Sehr richtig! rechts.) Das werden wir nicht tun. Meine Herren, wir wollen doch beachten — die von der linken Seite wissen das doch auch —, daß nach ausdrücklichen Vorschriften unserer Verfassung die Mitglieder dieses Hauses lediglich nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen haben (Sehr richtig! rechts), und daß das nicht nur ihr Recht, sondern auch ihre beschworene Pflicht ist (Sehr richtig! rechts), daß sie an keinerlei Aufträge und Instruktionen irgendwelcher Art gebunden sind. Das haben Sie (nach links) für sich oft genug in Anspruch genommen; wir bitten um die Erlaubnis, das auch für uns zu tun. (Lebhafter Beifall rechts.)

„Ausnutzung der Notlage des Landes".

Wir wissen ganz genau — wir haben das letzte halbe Jahr doch nicht geschlafen —, wer diejenigen sind, die mit dem Nachdruck, den ihnen eine schwere politische Situation des Landes gegeben hat, verlangt haben, daß diese Vorlagen so gemacht wurden, wie sie geworden sind (Sehr richtig! rechts) — das ist doch kein Zufall —, die unter Ausnutzung der Notlage des Landes (Lebhafter Beifall rechts) verlangt haben, daß diese Dinge so vorlegt wurden.

Gegen das gleiche Wahlrecht!

Ein gesundes Wahlrecht für jeden Stand und auch für Preußen muß den Interessen des Staates und den berechtigten Wünschen der Bevölkerung entsprechen. (Sehr richtig!) Es muß so eingerichtet sein, daß man auf eine lange Dauer — denn solche Rechte müssen dauern — eine verständige Wahrnehmung der öffentlichen Angelegenheiten erwarten darf, die darauf gegründet sind. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Zu dem Ziele sind meine politischen Freunde bereit, mitzuarbeiten. Ich kann aber nicht verhehlen, und darf damit die einstimmige Meinung meiner politischen Freunde zum Ausdruck bringen, daß uns ein gleiches Wahlrecht als eine geeignete Grundlage da nicht erscheint. (Hört, hört! links.)

Die Stützen des Throns und Altars vertreten lediglich ihre eigenen Interessen. Sie sind die schlimmsten Feinde einer Regierung, die sich ihnen nicht gefügig zeigt. Mit diesen arroganten Nachfahren der Raubritter sollte die Regierung kurzen Prozeß machen.

•

Ein Wort der Warnung.

Im letzten Teil seiner großen Programmrede für das gleiche Wahlrecht am 6. Dezember richtete der neue Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg, folgende, von uns hier nach dem amtlichen Stenogramm zitierte beachtenswerte Mahnworte an die bürgerlichen Parteien:

„Meine Herren, ich fürchte für die bürgerlichen Parteien. Ich spreche hier nicht als Parteimann, sondern ich fürchte für alle bürgerlichen Parteien, weil ich die bürgerlichen Parteien alle ohne Ausnahme für notwendige Vertretungen gewisser Volksströmungen halte, die unbedingt in unsern Parlamenten zur vollen Geltung kommen müssen. (Sehr gut!) Aber, meine Herren, für die bürgerlichen Parteien ist, wenn sie sich behaupten wollen, nicht allein ihre Stärke hier in diesem Hohen Hause maßgebend. Sie werden mir zugeben müssen, daß die große Politik, die Politik der nationalen Fragen heute in einer anderen Körperschaft, im Reichstage gemacht wird, der auf einem ganz andern Stimmrecht basiert. Wenn die bürgerlichen Parteien durch Ablehnung der Vorlagen in der breiten Masse der Bevölkerung ihren Halt verlieren, dann werden sie sozusagen mit gebrochenem Rückgrat in den Reichstag einziehen.

•

Braun und Ströbel.

Aus der Dienstagssitzung des preußischen Abgeordnetenhauses verdient ein äußerst charakteristischer Vorgang noch besonders hervorgehoben zu werden. Zu der ersten Lesung der Wahlrechtsvorlage waren bekanntlich drei Redner-Garnituren gebildet worden. Infolge einer von der sozialdemokratischen Fraktion keineswegs gutgeheißenen Anordnung des Präsidenten, die eine völlige Neuerung im parlamentarischen Leben darstellt, war durch das Los entschieden worden, daß in diesen drei Garnituren von der Fraktion der sogenannten Unabhängigen zwei Redner, von der Fraktion der Sozialdemokraten aber nur ein Redner zu Wort kommen sollten. So konnte der Abgeordnete Ströbel nicht nur am Donnerstag, sondern auch am Dienstag wieder zur größten Freude der Konservativen und ihrer Verbündeten seinem gepreßten Herzen nach Belieben Luft machen. Besonders seine Rede vom Dienstag war geradezu gespickt mit finnlosen und verdächtigenden Anwürfen gegen die alte Partei. Daraufhin erbat sich Genosse Braun das Wort, um in aller Kürze Ströbel und zugleich einigen bürgerlichen Rednern zu antworten. Ihm das Wort zu verstatten, hätte unter diesen Umständen nicht nur die selbstverständliche Pflicht der Loyalität verlangt, es war vielmehr auch, da die Uhr kaum auf 1/2 2 zeigte, noch sehr reichlich Zeit, Braun sprechen zu lassen. Aber es geschah das Unerhörte; die gelbe reaktionäre Mehrheit, die Ströbel zweimal in der ausgiebigsten Weise hatte zu Wort kommen und auf unsre Partei schimpfen lassen, verwehrte Braun das Wort zur Erwiderung! Gibt es einen deutlicheren Beweis dafür, wessen Politik den herrschenden Parteien wirklich unbequem ist — die sinnlos tobende und im wüstesten Bruderkampf aufgehende Politik der Ströbel und Genossen oder die sachlich mindestens ebenso scharfe, dabei aber auch kluge und wohlüberlegte Politik der alten Sozialdemokratie?

•

Des Reichskanzlers Nahrungsversorgung.

Die Münchner Post veröffentlicht folgenden Erlaß:

„München, 21. November.

Betreff: Sendungen an den Reichskanzler Grafen Hertling.

Nach Mitteilung des Herrn Reichskanzlers Dr. Grafen Hertling sollen die ihm aus Bayern zugehenden Lebensmittel-Postsendungen aus Ruhpolding, Traunstein, Fürstenecк (Bayer. Wald), Hengersberg, Augsburg-Hauptpost und München-Hauptpost unbeanstandet abgeschickt werden.

Damit die Postsendungen unbeanstandet durchgehen, sind die betreffenden Postanstalten sofort anzuweisen, die Sendungen unmittelbar nach Berlin — nicht über Ueberwachungsstellen — zu leiten. Eine Abstempelung der Begleitpapiere und Adressen der Sendungen durch eine Bayer. Lebensmittelstelle kann nicht in Betracht kommen, da die Sendungen verschiedene Lebensmittel enthalten sollen. Die Pakete werden an den Herrn Reichskanzler persönlich adressiert werden.

Die militärischen Lebensmittelprüfungsstellen sind verständigt.

Dies zur Kenntnis und Danachachtung.

Deppisch."

Die Münchner Post bemerkt hierzu: „Wir sind natürlich weit davon entfernt, uns über diesen Erlaß zu entrüsten. Wir begrüßen ihn vielmehr als amtliches Eingeständnis, daß mit den zugewiesenen Rationen niemand auskommen kann, und erwarten, daß daraus die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden."

Ruhpolding ist das Gut des Grafen Hertling. Natürlich muß hier gleiches Recht für alle gelten.

•

Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage beendet.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage beendet. Abg. Dr. Ludewig (Natl.) meinte, daß es richtiger gewesen wäre, die Einlösung des königlichen Versprechens bis zur Rückkehr der Krieger aus dem Felde aufzuschieben. Nachdem aber die Botschaft einmal ergangen und die Vorlage eingebracht sei, müsse man mit Ernst an die Arbeit gehen. Redner regte die Einführung der Verhältniswahl für dichtbevölkerte Wahlkreise und für den Osten die Einführung von Zusatzstimmen für Alter und Bildung sowie eine Abänderung des Stichwahlsystems und die Einführung der Wahlpflicht an. — Dann erhielt Abg. Ströbel (U. Soz.) das Wort, der sich gegen die infolge seiner Rede gegen ihn erhobenen Angriffe verteidigte, es aber nicht dabei bewenden ließ, die Gegner des gleichen Wahlrechts zu bekämpfen, sondern auch die Sozialdemokratie als nicht zuverlässig hinstellte und die Argumente, die man aus den Ausführungen der Unabhängigen zur Genüge kennt, gegen unsre Genossen vorbrachte. Es scheint Ströbel nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß er der Wahlrechtssache dadurch nicht dient, wenn er, statt den Kampf gegen rechts zu führen, gegen links kämpft. — Nachdem noch der freikonservative Abg. Rewoldt das Herrenhaus gepriesen, sich gegen die Oktroyierung des gleichen Wahlrechts sowie der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen auf dem Umweg über den Reichstag gewandt hatte, machte die Mehrheit durch einen Schlußantrag der Debatte ein Ende, obwohl nur noch unser Genosse Braun auf der Rednerliste stand.

Die Vorlage wurde sodann unter Ablehnung des Antrags auf Einsetzung mehrerer besonderer Kommissionen einer einheitlichen Kommission überwiesen, und zwar mit Rücksicht auf den Wunsch der Polen einer Kommission von 35 Mitgliedern. In dieser Kommission sind die Konservativen durch 12, die Freikonservativen durch 4, die Nationalliberalen durch 6, das Zentrum durch 8, die Fortschrittler durch 3 und die Polen und Sozialdemokraten durch je einen Abgeordneten vertreten. — Am Mittwoch: Antrag Fuhrmann über den Erlaß des Ministers des Innern gegen die Vaterlandspartei.

Gemeindewahlrechts-Anträge im oldenburgischen Landtage. Die liberale Fraktion des oldenburgischen Landtags hat den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag in dieser oder der nächsten Session Gesetzentwürfe zur Aenderung der Gemeindeordnungen vorzulegen. Insbesondere sollen dabei folgende Punkte Berücksichtigung finden: Aktives und passives Wahlrecht für alle über 24 Jahre alten männlichen Personen, passives Wahlrecht für alle über 24 Jahre alten weiblichen Personen, Verhältniswahl, Streichung der jetzigen Zweidrittelmehrheit des Grundbesitzes in den Gemeindevertretungen, erhöhte Bewegungsfreiheit bei der Erschließung neuer Steuerquellen, erweiterte Gemeinde-Autonomie.

Reichstagsersatzwahl für Payer. Für den bisher durch den Vizekanzler von Payer vertretenen Reichstagswahlkreis Reutlingen hat die Fortschrittliche Volkspartei den Landtagsabgeordneten Scheef aufgestellt, dessen Wahl nach Lage der parteipolitischen Verhältnisse jetzt schon als sicher gelten soll.

Aus aller Welt.

Den Gatten mit dem Wasserkrug erschlagen. Berlin, 10. Dezbr. Im Hause Friedrich-Karl-Straße 21 in Wannsee hat sich zwischen zwei betagten Eheleuten aus nichtiger Ursache ein Ehedrama abgespielt, das mit dem Tode des Mannes endete. Der 62 Jahre alte Portier Gustav Müller kam mit seiner Frau in Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Hierbei schlug die Frau auf den Mann mit einer Wasserkaraffe los, und traf ihn so unglücklich auf den Kopf, daß er sofort tot zusammenbrach.

5000 Tote in Halifax. Nach einer Neuyorker Depesche Pariser Blätter beträgt die Zahl der Toten bei der Explosion in Halifax 5000.

Schweres Eisenbahnunglück bei Düren. Köln, 11. Dezember. Wie die Köln. Volksztg. aus Düren meldet, überfuhr gestern nachmittag gegen 5 Uhr im Bahnhof Düren der Schnellzug 253, der von Herbesthal kam, die Haltezeichen des Einfahrtssignals und stieß auf den Zug Nr. 5 auf. Bis jetzt sind 18 Tote und 60 Verletzte festgestellt worden.

Letzte Nachrichten.

Gröbers. Ein Eisenbahnunglück, dem leider ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich gestern vormittag bei der Station Gröbers an der Strecke Schkeuditz—Halle. Infolge des in den frühen Morgenstunden herrschenden Nebels soll der Führer des 1/7 Uhr von Schkeuditz ausgefahrenen Personenzuges das Signal übersehen haben. Dieser stieß daher bei Gröbers mit einem von Halle kommenden Güterzug zusammen, wodurch ziemlich erheblicher Materialschaden entstanden und leider auch eine Schaffnerin so schwer verletzt worden ist, daß sie alsbald verstarb. Der Verkehr von Leipzig nach Halle mußte in Gröbers längere Zeit durch Umsteigen aufrechterhalten werden.

Petersburg, 7. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gestern fand eine Versammlung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates statt, in der die zu den Waffenstillstandsverhandlungen ermächtigten Abgesandten Bericht erstatteten. Die Erörterung wurde auf morgen vertagt.

Die bürgerliche Presse bringt unbegründete Meldungen, daß die Bolschewiki in allen Punkten nachgegeben hätten. Die Presse der Arbeiter- und Soldatenräte antwortet kräftig darauf und beweist, daß die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte weder einen Waffenstillstand noch einen Frieden schließen werde, welcher den Interessen nicht nur der Russen, sondern auch der Volksmassen der Alliierten zuwiderliefe.

Lissabon, 8. Dezember. (Verspätet eingetroffen.) Die Geschäftsräume der Zeitung Mundo wurden gestürmt, die Maschinen zerstört und die Redaktion angezündet. Ein Flugzeug, Führer Kommandant Lima, Beobachter Leutnant Castelro, das eine Ansammlung von Revolutionären überflog, wurde von diesen abgeschossen. Der Kommandant wurde getötet, der Leutnant brach ein Bein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171212-14/fragment/page=0003

Preußisches Abgeordnetenhaus.

105. Sitzung, Dienstag, 11. Dezember 1917, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Dr. Drews.

Die erste Lesung der Verfassungsvorlagen.

Fünfter Tag.

Abg. Dr. Porsch (Zentr.): Der polnische Antrag, einen Ausschuß von 35 Mitgliedern einzusetzen, ist bedenklich, wir haben noch nie einen so großen Ausschuß gehabt; mit Rücksicht auf die Interessen der polnischen Fraktion sind wir aber bereit, dem Antrag zuzustimmen. Vielleicht werden dadurch die Ausschußberatungen verlängert werden, aber möglicherweise werden dadurch die Beratungen im Plenum abgekürzt. Dieser Ausnahmefall läßt sich jedoch nur durch die beispiellose Bedeutung der Vorlage begründen.

Abg. Dr. Ludewig (Natl.): Eigentlich hätte die Einlösung der königlichen Erklärung, daß für die Dreiklassenwahl kein Raum mehr sei, aufgeschoben werden sollen bis zur Rückkehr der Millionen von Kriegern. Jetzt aber heißt es ohne Verzug an die Arbeit gehen. Wäre eine der früheren Reformen zustande gekommen, so wäre zweifellos das innerpolitische Leben während des Krieges entlastet worden. Verhältniswahl für dichtbevölkerte Wahlkreise und für die Ostmark, Einführung der Wahlpflicht, Abänderung des Stichwahlsystems und begrenzte Gewährung von Zusatzstimmen für Alter und Bildung werden im Rahmen des gleichen Wahlrechts zu erwägen sein. Wir wollen die drei Vorlagen einem einzigen Ausschuß überweisen und in diesem fördersame Arbeit leisten.

Abg. Ströbel (U. Soz.): Wenn Abg. Hirsch diese Wahlreform und das Verhalten der Parteien vergleicht mit der Wahlrechtsforderung, die er früher vertreten hat, so könnte er mit dem Studentenlied singen: „Vegebens spähe ich umher, ich finde Deine Spur nicht mehr, o jerum jerum, o quae mutatio rerum!" Konservative, Zentrum und Nationalliberale sind im Grund einer Meinung, sie wollen keine, auch nur halbwegs demokratische Wahlreform, sie wollen das alte Reaktionäre Preußen, die Schutz- und Garantiemacht des Militarismus und Absolutismus konservieren. Man muß Scheuklappen tragen, um das nicht einzusehen. Die Konservativen bereiten sich keineswegs auf das Sterben vor, sicher aber ist, daß das gleiche Wahlrecht nicht in Schönheit sterben wird. Wenn es der Regierung ernst darum wäre, müßte sie den Landtag auflösen und schleunigst Neuwahlen unter voller Agitationsfreiheit für die Linke, auch für die unabhängige Sozialdemokratie, anordnen. Wie soll denn der von Dr. Friedberg erwähnte Druck der Wählermassen wirksam werden, wenn man uns all unsere Versammlungen verbietet, sogar solche, die wir als Abgeordnete einberufen haben, um uns mit unsern Wählern zu verständigen, während die Alldeutschen mer in diesem Saale und sonst nach Belieben öffentliche Versammlungen abhalten können. Natürlich ist auch das Verbot der Zirkus-Schumann-Versammlung vollkommen ungerechtfertigt, wir fordern gleiches Versammlungsrecht für alle Parteien. Wenn sogar die Minister ohnmächtig sind gegenüber den Militärbehörden, dann wäre es doch allerhöchste Zeit, Sturm zu laufen gegen die unerhörte Allmacht der Militärdiktatur. Gegenüber diesen Zuständen gehört schon die Wundergläubigkeit der Fortschrittler und der abhängigen Sozialisten dazu, um der Regierung Hertling-Friedberg den Heroismus zuzutrauen, daß sie energisch für die Freiheit und für das gleiche Wahlrecht eintreten würde. Die Krone hat oft genug oktroiert gegen den unverkennbaren Willen des Volkes, aber niemals hat sie Volksrechte oktroiert, solange die Militärgewalt das Recht in der Hand hat. Nach dem beispiellosen Heroenkult und Byzantinismus gegenüber bekannten Heerführern, der selbst in der sozialdemokratischen Presse getrieben worden ist, stehen die abhängigen Sozialisten ohnmächtig einer Gewalt gegenüber, denen sie selbst zur Macht verholfen haben. Die Regierung trägt nicht Ihren (zu den Sozialdemokraten) Gefühlen und Forderungen Rechnung, sondern denen der Wahlrechtsgegner; sie und die Parteien erklären sich zu jedem Kompromiß, zu jeder Verschlechterung des gleichen Wahlrechts bereit. Der Proporz soll nur in den Großstädten eingeführt werden, wo er der entschiedenen Linken Abbruch tun kann, nicht aber im ganzen Lande!

Dadurch soll diese demokratische Forderung verschandelt werden zu einem Mittel, die Arbeiterschaft ihrer Rechte zu berauben. Aehnliche reaktionäre Räuberei werden wohl in der Kommission noch in größerem Umfange versucht werden. Die Wahlrechtsfrage wird entweder unter den Tisch fallen oder bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet werden, oder man wird sie so lange hinschleppen, bis man weiß, ob man der Stimmung der Massen überhaupt noch Rechnung zu tragen braucht. In den nächsten drei Monaten muß sich ja entscheiden, ob wirklich ein rascher Sieg möglich ist oder der Krieg weiter geht bis zum Weißbluten. Wenn sich die Hoffnungen der Imperialisten erfüllen, dann sind alle Hoffnungen auf Völkerfreiheit auf Menschenalter hinaus dahin. Wenn es aber anders wird und die Regierungen der Zentralmächte nicht doch noch im letzten Augenblick einen ehrlichen demokratischen Frieden mit dem revolutionären Rußland schließen, dann wird die blutige Weltdämmerung über Europa hereinbrechen, dann könnten wir das furchtbare Wort Wallensteins erleben: „Wir werden dieses Kampfes Ende nimmer erleben, dieser Krieg verschlingt uns alle." (Lebhafter Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Rewoldt (Freikons.): Bevor man zum Landtage ein gleiches Wahlrecht einführt, müßte es in den Gemeinden eingeführt werden. Die Drohungen mit einem Eingreifen des Reichstages machen auf uns keinen Eindruck, hier handelt es sich um eine rein preußische Sache. (Adolf Hoffmann (U. Soz.): Das Volk ist sozusagen auch noch da!) Wir wollen das Volk in seinem Fundament, das im Preußentum liegt, erhalten.

Die drei Vorlagen gehen an einen Ausschuß, nachdem der Antrag, die Wahlrechtsvorlage an einen besonderen Ausschuß zu verweisen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und Polen abgelehnt worden war. Die Mitgliederzahl des Verfassungsausschusses wird mit 35 festgesetzt, damit auch die Polen eine Vertretung darin erhalten. Abg. Dr. Pachnicke (Volksp.) befürchtet von der Erhöhung der Mitgliederzahl (35 statt 28) eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses, die auf das Schicksal der Vorlage einwirken und Verschleppungsabsichten fördern könnte.

Es folgt der Antrag aller bürgerlichen Parteien, wonach Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Wegführung von Kunstwerken nicht mehr lebender Meister ins Ausland zu verhindern.

Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.) begründet den Antrag. Es handelt sich um den Schutz für Kunstwerke von wissenschaftlichem, geschichtlichem und künstlerischem Wert. Repressalien des Auslandes brauche man nicht zu fürchten, denn viele Länder haben bereits solche Ausfuhrverbote, z. B. Italien, Griechenland und die Türkei. Die Interessen des Kunsthandels müssen hier zurücktreten vor den Interessen des Vaterlandes. (Beifall.)

Kultusminister Dr. Schmidt: In den letzten 30 Jahren haben wir weit mehr Kunstwerke vom Ausland gezogen als ans Ausland abgegeben. Ein dauerndes Ausfuhrverbot würde kaum angebracht sein, auch der Generaldirektor unserer Museen hat in dieser Hinsicht Bedenken. Ob ein vorläufiges Ausfuhrverbot erlassen werden soll, ist schon seit längerer Zeit Gegenstand der Erwägung.

Die Diskussion schließt, der Antrag wird angenommen.

Präsident Graf **Schwerin-Löwitz** schlägt vor, morgen auf die Tagesordnung außer dem Antrag Fuhrmann (Natl.) betr. Staatsbeamte und Vaterlandspartei auch den Antrag Aronsohn (Volksp.) über die Zulassung der Frauen zu den städtischen Verwaltungen nebst der Petition über das Frauenstimmrecht zu setzen.

Abg. **v. Heydebrand** (Kons.) wünscht das letztere abzusetzen, da der Antrag Fuhrmann die Sitzung ausfüllen werde.

Abg. Hoffmann (U. Soz.): Das Wahlrecht der Frauen wollen Sie nicht verhandeln, den Frauen geben Sie nur das Recht, in den Munitionsfabriken ihre Gesundheit zu opfern. (Murren rechts.)

Der Antrag Aronsohn wird morgen nicht auf die Tagesordnung gesetzt. — Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr.

Schluß 3¼ Uhr.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Grieß. Donnerstag auf Marke 118 des Warenbezugsscheines 11 für jede Person ¼ Pfd., das Pfund zum Preise von 32 Pf.

Raps-Spinat. Donnerstag, vormittags von 8½—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr in der Talamtschule freier Verkauf. Pfund 20 Pf.

Ausgabe von Milchkarten. Donnerstag bis Sonnabend werden in den städtischen Markenausgabestellen die Milchkarten für Kinder von 6—12 Jahren (sogenannte Gelegenheitskarten) ausgegeben. Am Donnerstag sind die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben A—H, Freitag J—R und Sonnabend S—Z an der Reihe.

Der Neue-Welt-Kalender für 1918
wieder vorrätig. — Preis 50 Pf.
Buchhandlung Volksstimme, Große Ulrichstraße 27.

Solide Spielwaren aller Art.
Sehr große Auswahl. :: Mäßige Preise.
Theodor Lühr, Leipziger Straße 94

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. — U.T — Leipziger Str. 88 Fernruf 1224.
Henny Porten, der Liebling des Publikums in: **Die Faust des Riesen** I. Teil, in 4 Akten. Vorführung: 4.50, 7.00, 9.20
Der Schuldbeweis. Drama in 4 Akten. Vorführung 5.20 u. 8 Uhr.
Lotte Neumann in: **Lori & Co.,** Filmspiel in 4 Akten. Vorführung 6.40, 9.20.
Ossy Oswald in **Ossys Tagebuch,** Lustspiel in 3 Akten. Vorführung: 4.00, 6.00, 8.20
Freikarten haben nur bis 6 Uhr Gültigkeit.
Anfang 4 Uhr

Für Weihnachtsgeschenke
empfehle ich in großer Auswahl
Kragen—Manschetten
Vorhemden—Kravatten
Handschuhe—Strümpfe
Damen- und Kinderkragen
Plüschgarnituren
Damenhütte—Kinderhüte
Fritz Mösenthin
Burgstraße 1
gegenüber dem Gasthof zum Mohr.

Stadt-Theater
Mittwoch, den 12. Dez. 1917
Anfang 7,30 Uhr Ende 9,15 Uhr
Die Komödie der Irrungen.
Donnerstag: D. Fledermaus.

Walhalla-Theater. ¾8 Uhr
Das Kolossal-Programm!
Akropolis.
Berühmte Meisterwerke der Plastik.
Carl Reinsch mit seinem Goldfuchshengst „Czardasfürst".
10 deutsch-polnische Tanzsterne 10
2 Burgharis Gladiatoren-Spiele in meisterhafter Vollendung und weitere 6 Sensationen.
Kasse von 10—1,30 und 4—6 Uhr.

Als Schneidermeister empfiehlt sich für alle vorkommenden Arbeiten, wie auch Wenden, Aendern von Herren- u. Damengarderobe.
O. Heimfath & Sohn, Steg 19.

Noch zu vorteilhaften Preisen
Ulster, Paletots, Joppen, Anzüge
in allen Größen — für jedes Alter.
Bauchwitz
Herren- und Knaben-Moden
Markt 4.
Sonnabends bis 7 Uhr geöffnet. Sonntags geschlossen.

Winter-Ueberzieher u. Ulster
Hauptzweig des Geschäfts
in wunderbar schönen Farben und noch guten Stoffen in Hunderten am Lager.
Hauptpreislagen: **65 78 u. 100 M.**
In grünen, grauen, braunen, schwarzen, blauen und sonstigen Modefarben, in glatten Glockenformen, mit oder ohne Quetschfalten oder sonstig. Modefassons.
Ferner ein Posten schwere, stark gefütterte
Wintermäntel,
mit u. ohne Pelerinen, bester Schutz gegen Kälte, passend für Reise und Nachtdienst,
zu wohlfeilen Preisen.
Verkauf nur gegen Bezugsschein.
Ernst Renner,
nur 14 Marktplatz 14.

Gustav Uhlig
Untere Leipziger Straße
Billige, gute Bezugsquelle
in vorteilhaften
Musikinstrumenten
für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte
Mundharmonikas
Mandolinen, Gitarren
Wiener Ziehharmonikas.
Sonntags geöffnet von ½12 bis ½2 Uhr.

Tischler
stellen ein
Gebr. Koppenstädt, Möbelfabrik.

Gute Schlafstellen
für Fabrikarbeiterinnen sind zu melden an die Fürsorgevermittlungsstelle Halle der Kriegsamtstelle Magdeburg, Poststr. 16, Zimmer Nr. 14, Vermittlung kostenlos.

Alte, abgespielte auch zerbrochene
Grammophon-Platten
kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig
Uhren u. Musikwerke, untere Leipziger Str.
Sonntag geöffnet von ½9 bis 9,30 Uhr vorm. und mittags von 11,30 bis 1,30 Uhr.

Unentgeltlich!
Kochkisten-Beratung
Rathausstraße 17.
Täglich 5—7 Uhr, außer Sonnabends und Sonntags.
Fernruf 2481.
Hallescher Hausfrauenbund.
Frau Justizrat Hündorf.
6645] Frau Professor Wolff.

Wachstuchreste
verkauft billig
J. Sternlicht
Alter Markt 11.

Wollene Kleider- und Kostümstoffe
Mäntelstoffe — Anzugstoffe — Sammete
finden Sie noch in großer Auswahl [2968
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Neu erschienen:
Die große russische Revolution.
Von R. G. Berow.
Mit Illustrationen u. Porträts.
Zu beziehen durch die Buchhandlg. Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191712 12-14/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 166. Halle, Mittwoch den 12. Dezember 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 12. Dezember 1917.

Förderung begabter Schüler.

Die Tagesordnung der Halleschen Stadtverordnetensitzungen ziert seit einiger Zeit in regelmäßiger Wiederkehr ein „Antrag Hennig und Gen.", der sich höflich danach erkundigt, welche Maßnahmen der Magistrat bereits unternommen hat, um die nach dem Kriege notwendig werdende Schulreform auch in Halle durchzuführen. Aber dieser Antrag bleibt eine ewige Braut. Anfangs machte der Oberbürgermeister Schwierigkeiten, wobei er sich auf reine Geschäftsordnungsvorschriften stützte. Dann wollten diejenigen Stadtverordneten, die ausgesprochene Schulsachleute sind, erst Gelegenheit haben, sich mit ihren Freunden über den Antrag zu beraten. Und seitdem das eine wie das andre behoben ist, kehrt am Ende jeder Sitzung die geschäftsordnungsmäßige Bemerkung des Vorsitzenden wieder: „Infolge der vorgerückten Zeit empfiehlt es sich wohl, den Antrag Hennig auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen." — worauf prompt dementsprechend beschlossen wird.

So kehrt denn immer und immer dieser Antrag wieder, und niemals findet sich Zeit und Gelegenheit, ihn zu erledigen. Das aber ist ein Zustand, dem die Stadtverordnetenversammlung schon um ihrer selbst willen schleunigst ein Ende machen sollte. Oder glaubt man etwa, daß es einen guten Eindruck nach außen macht, wenn sich die Herren Stadtverordneten stundenlang mit Straßenpflasterungen, Grundstücksaufkäufen, Nachbewilligungen usw. beschäftigen, für einen so wichtigen Antrag aber, der geradezu eine Zukunftsfrage unseres Volkes berührt — so sehr er auch rein hypothetisch erscheinen mag —, noch nicht einmal eine halbe Stunde übrig haben?

Dieser Antrag muß schleunigst erledigt werden, er muß aber auch eine gründliche Beratung erfahren. Und deshalb ist notwendig, daß man schon die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung von vornherein darauf zuschneidet, also soviel Raum läßt, daß ausgiebig darüber gesprochen werden kann. Wenn man will, ist das sehr gut möglich. Das hat sowohl der Vorsteher in der Hand, der nur die Tagesordnung dementsprechend zu gestalten braucht, wie auch das Kollegium, dessen sprechfreudige Mitglieder ihrer Redelust eben einmal weise Zügel anlegen müssen. Hoffentlich verführt man deshalb auch bald nach diesem Rezept. Die Stadtverordnetenversammlung würde dadurch nur gewinnen.

Um nun aber eine geeignete Grundlage dafür zu geben, zugleich aber auch zu zeigen, daß die hierdurch angeschnittene Schulreformfrage sehr wohl schon jetzt praktisch gelöst werden kann, entgegen der Ansicht des Oberbürgermeisters, der sich hiergegen mit Händen und Füßen sträubt, geben wir nachstehend wieder, was jetzt auf diesem Gebiete in Leipzig geschehen ist.

Die dortigen Stadtverordneten ersuchten am 25. April den Rat um eine Vorlage mit Vorschlägen darüber, wie begabten bedürftigen Schülern und Schülerinnen die Erlangung höherer Schulbildung ermöglicht werden könne. Der Rat hat nunmehr eine solche Vorlage ausgearbeitet. Er hat die Vorschläge eines zur Prüfung dieser Frage eingesetzten Sonderausschusses angenommen. Diese Vorschläge lauten im wesentlichen: Der Uebergang in die höhere Schule erfolgt auch in Zukunft in der Regel nach Abschluß der 5. Volksschulklasse. Um hervorragend begabten Knaben nach Abschluß der Volksschulbildung den Uebergang in eine höhere Schule zu ermöglichen, wird mit der Nikolaischule (Reformschule) und der Oberrealschule je eine Unterklasse verbunden, in die hervorragend begabte Schüler der Volksschule nach deren Vollendung aufgenommen werden. In dieser Sonderklasse wird nach einem besonderen Lehrplane unterrichtet, der sich — soweit neue Fächer auftreten — eng an den der Volksschule anschließt, und in dem Deutsch und zunächst Französisch als Fremdsprache im Vordergrund stehen, letzteres mit mindestens 12 Wochenstunden. Die Stunden in den übrigen Fächern sind soweit zu beschränken, daß sie nur als Wiederholung des in der Volksschule Gelernten dienen. Zu den Sprachen kommt Mathematik mit 4 Stunden zur Erweiterung und Vertiefung der bereits gewonnenen Kenntnisse. Nach 2/4 Jahren wird das Französisch auf 6 Stunden herabgesetzt, und die frei gewordenen 6 Stunden werden auf die zweite Fremdsprache (Latein oder Englisch) verwendet. Die Aufnahme in diese Sonderklasse erfolgt ohne Aufnahmeprüfung. Aufnahme können nur solche Schüler finden, die von der Konferenz der Schule, die der Schüler besuchte, nach Gehör des Schularztes vorgeschlagen werden. Ueber die Aufnahme selbst entscheidet der Gemischte Schulausschuß für die höheren Schulen. Die Aufnahme erfolgt ohne Rücksicht darauf, ob der Schüler an dem wahlfreien fremdsprachlichen Unterrichte der Volksschule teilgenommen hat oder nicht. Die Höchstzahl der Schüler einer Sonderklasse beträgt in der Regel 20. Schüler, die geistig oder körperlich den Anforderungen der Sonderklassen nicht gewachsen sind, werden sobald als möglich wieder entlassen. Es sind Mittel bereit zu stellen, damit den in die Sonderklasse Eintretenden auf Antrag der Erziehungspflichtigen im Bedürfnisfalle gewährt werden können: Schulgeldfreiheit und Freiheit der Lehrmittel, ein jährlicher Unterhaltsbeitrag. Für die Schüler sind im Schulgebäude Arbeitsstunden einzurichten, wo sie frei von allem Zwang unter Aufsicht eines Lehrers ihre Schularbeiten erledigen können. Die Kosten dieser Reform werden auf jährlich rund 50 000 M. veranschlagt. Von Ostern 1918 an würde sie in Kraft zu treten haben. Es ist nicht beabsichtigt, mit dieser Reform die Akademikerlaufbahn besonders zu begünstigen, sondern vor allem soll der Kaufmann, der Techniker, der Landwirt oder Handwerker eine höhere allgemeine Bildung erhalten, so daß sie führende Stellen in ihrem Wirkungskreise einnehmen können. Zunächst kommen zur Förderung nur Knaben in Betracht. Eine Regelung für Mädchen bleibt vorbehalten.

Man sieht also, die Reform kann vorgenommen werden, wenn auch vorerst in einem bescheidenen Umfange. Nur muß der Wille dazu vorhanden sein. Im Stadtverordnetenkollegium wird sich wohl eine Mehrheit dafür finden, denn schließlich gibt es doch auch unter seinen Mitgliedern sowohl Ideologen genug als auch Leute, deren Kindern und Enkeln das ebenfalls zugute kommt. Soweit es aber bei anderen Stellen an dem nötigen Willen fehlt, muß er geweckt werden, wenn es nicht anders geht, dann durch einen recht kräftigen Druck.

Landwirtschaftliche Aufklärungsfahrten.

Die Regierung veranstaltet Aufklärungsreisen von Landwirten nach dem rheinisch-westfälischen Industrierevier. Die Eindrücke, die Bauern und Großgrundbesitzer dort gewinnen, sollen zum besseren Verständnis zwischen Stadt und Land beitragen, und dazu mithelfen, daß die Landwirte ihren Ablieferungspflichten ehrlich und gewissenhaft nachkommen. Ueber den Verlauf und Eindruck einer dieser Besuchsfahrten wird uns aus einer Fabrikstadt Westdeutschlands geschrieben:

Sie kommen! Nein, sie sind schon da. Und sie waren da, die Herren mit den roten Wangen und den kraftstrotzenden Gliedern aus Ostelbiens gesegneten Gefilden, die neugierig und ein bißchen verschämt und verschüchtert die riesigen Arbeitsäle der Industrieburgen Westdeutschlands betraten, die auf den Förderkörben unserer Kohlengruben um ein Beträchtliches ihre sichere Haltung verloren und die am ehesten noch den Austausch westlich-östlicher Höflichkeiten beim Düsseldorfer Regierungspräsidenten bestanden. Sonst aber waren die Gäste aus dem Osten, die auf alles, was weder Aar noch Halm sein Eigen nennt, so tapfer zu schmälen wissen, angesichts der Arbeit des Westens und ihrer Ergebnisse klein und bescheiden.

Die Männer in den Arbeitssälen richteten sich an den surrenden Drehbänken einen Augenblick hoch und faßten die Männer aus dem Osten scharf ins Auge. Was ihnen an den Gästen aus dem Osten am meisten auffiel, war wohl das augenscheinlich körperliche Wohlsein, das sich die Herren über die drei Kriegsjahre bewahrt hatten. Und auf einer Zeche zwischen Bochum und Gelsenkirchen soll ein Bergmann, der als ein sehr östlicher Landsmann der Besucher unschwer kenntlich war, Bedenken darüber geäußert haben, ob man „das ganze Gesellschaft" auf einmal fördern könne.

Ob die Besucher den Eindruck gewonnen haben, daß in diesen Gruben und Hütten und Werkstätten die gleiche Arbeit an der Rettung des Vaterlandes geleistet wird wie auf ihren Feldern und in ihren Ställen, und daß den rußigen Männern in den Riesenstädten folglich der gleiche Anteil an politischen Rechten und Entwicklungsmöglichkeiten in dem Deutschland der Zukunft eingeräumt werden muß, das zu entscheiden, wollen wir uns nicht vermessen. Wir werden gern abwarten, ob die Herren im Osten es nun endlich möglich machen, daß wir 10 Pfund Kartoffeln in der Woche bekommen und ob die Gesinnungs- und Klassengenossen jener Herren wirklich noch den Mut haben werden, weiter dafür einzutreten, daß die Arbeiter, die ihre Pflicht bis zum äußersten getan haben und die von den Herren aus dem Osten bewundert worden sind, fürder noch als Heloten behandelt werden sollen. Vielleicht ist ihnen doch ein wenig Verständnis dafür aufgedämmert, daß die Kämpfer hinter dem Schraubstock Forderungen an das Deutschland der Zukunft stellen, die ihre Berechtigung in sich tragen. Die Arbeit der Landwirtschaft während des Krieges hat kein Verständiger je unterschätzt, aber die Arbeiterschaft hat den Anspruch auf gleiches Recht.

Lediges Stadtverordnetenmandat. Der Kommerzienrat Colberg hat sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt gesehen, sein Stadtverordnetenmandat niederzulegen.

* **Die Bühnenangestellten des Stadttheaters,** sowohl das Chorpersonal als auch die Solisten, haben Anträge auf Erhöhung ihrer Gagen eingereicht. Diese Anträge werden zunächst den Theaterausschuß beschäftigen, von dem aus sie dann an die Stadtverordnetenversammlung gelangen.

* **Konservativer Parteitag.** Am nächsten Montag findet in den Thallasälen ein allgemeiner konservativer Parteitag für Sachsen und Anhalt statt, auf dem General der Infanterie z. D. von Liebert und Abgeordneter Winckler, Merseburg, Ansprachen halten werden. Im Anschlusse an die Ansprachen soll eine allgemeine Aussprache stattfinden und eine „bedeutsame Kundgebung zur gegenwärtigen politischen Lage" beschlossen werden. Natürlich wird das nichts andres als eine Erklärung für Annektionen und gegen die preußische Wahlrechtsreform sein.

* **Die Kochkisten-Beratungsstelle** des Halleschen Hausfrauenbundes, Rathausstraße 17, ist jetzt täglich vormittags von 10 bis 12 Uhr geöffnet, damit die Hausfrauen bei ihren Morgenwegen in der Stadt die Beratungsstelle besuchen können.

* **Straßenbahnunfall.** Auf dem Friedrichsplatz stieß ein Straßenbahnwagen gegen einen mit Stroh beladenen Wagen und warf diesen um. Der Straßenbahnverkehr mußte durch Umsteigen aufrechterhalten werden.

* **Weihnachtsbescherungen.** Die Armendirektion ersucht uns, auch in diesem Jahre mitzuteilen, daß die von einer Anzahl Vereinen und Korporationen eingereichten Listen der von ihr zum Weihnachtsfeste zu beschenkenden Personen in der Auskunftsstelle, kleine Steinstraße 8, 1. Stock, Zimmer 10, von 8½ bis 3 Uhr zur Einsicht nur für die Geschenkgeber ausliegen. Am 12. Dezember vormittags 10 Uhr findet im Sitzungszimmer der Armenverwaltung eine gemeinsame Besprechung statt.

* **Die Eisenbahnwagen mehr heizen!** Aus dem Leserkreise wird uns geschrieben: Den Kriegsnotwendigkeiten fügt man gern, wenn auch ungern. Was aber seit Wochen die Bahnverwaltungen den Reisenden zumuten, kann nicht als Kriegsnotwendigkeit bezeichnet werden. Seit größere Kälte eingesetzt hat, kann man sich in den ungeheizten Bahnwagen durch Erkältung geradezu den Tod holen. Die Heizung der Bahnwagen ist doch nicht zur Bequemlichkeit da, sondern sie ist aus gesundheitlichen Gründen unerläßlich. Genau so wenig, wie es etwa einem Hauswirt gestattet ist, aus der Wohnung des Mieters den Ofen herausreißen zu lassen, so wenig ist die Bahnverwaltung berechtigt, im Winter das Heizen der Wagen einzustellen; denn das Recht auf Heizung wird mit der Fahrkarte erworben. Die Heizung ist keine freiwillige Zugabe, kein widerrufliches Geschenk, sondern ein Teil dessen, was zur Beförderung der Fahrgäste gehört. Wer gegen Erkältungen empfindlich oder bereits kränklich ist, kann dauernden Schaden durch den Aufenthalt in den ungeheizten Wagen erleiden. Die Kohlenmenge, die zum Erwärmen des Heizungsprozesses gebraucht wird, ist verhältnismäßig so unbeträchtlich, daß um ihretwillen nicht Leben und Gesundheit von Hunderttausenden, die täglich zur und von der Arbeit fahren, oder sonst die Eisenbahn benutzen müssen, aufs Spiel gesetzt werden darf.

* **Lebensmittelzulagen an Tuberkulöse.** Zur Bekämpfung der Lungentuberkulose, die während des Krieges leider eine weitere Verbreitung gefunden hat, sind neben der Vermehrung und Kräftigung der Fürsorgestellen weitere Maßnahmen getroffen worden. Auf Anregung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes soll für die Tuberkulosen weiter mit Zulagen zu den Lebensmitteln gesorgt werden. Es ist empfohlen worden, diesen zu verabreichen an besonderen Leistungen: ½ Liter Milch, ¼ Pfund Butter, 2 bis 4 Eier oder 250 Gramm Fleisch, 500 Gramm Brot oder ¼ Pfund Zucker in der Woche. In manchen Bezirken reichen aber die zugewiesenen Nahrungsmittel nicht aus, um alle Lungenkranken in dieser Weise zu versorgen. So gibt z. B. die Krankenkostabteilung in Hamburg bekannt, daß sie nur nach den jeweilig vorhandenen Nahrungsmittelbeständen ihre Bewilligungen treffen kann. In Berlin ist eine Krankenküche für Lungenkranke eröffnet worden. Zur Förderung der neuen Einrichtung hat sich die Landesversicherungsanstalt Berlin bereit erklärt, zunächst 100 Mahlzeiten täglich für Lungenkranke, deren Bedürftigkeit festgestellt ist, zu übernehmen und dafür die Selbstkostenpreise zu erstatten.

In solchen Fällen müßte eben von der Reichsregierung selbst für die entsprechenden Zuweisungen gesorgt werden, andernfalls hängen ja alle ihre schönen Verordnungen für Tuberkulöse in der Luft. Hoffentlich kann man solche besondere Zuwendungen wenigstens in unserm Bezirk durchführen.

* **Neue Bestrafungen wegen Höchstpreisüberschreitung.** Es wurden bestraft: Die Händlerin Marie Bornemann geb. Maaz, Ludwig-Wucherer-Straße 25, zu 20 M. Geldstrafe; die Händlerin Ida Schwabe geb. Ferl, Goebenstraße 20, zu 40 M. Geldstrafe; die Zeitungsträgerin Klara Groß geb. Kühne, an der Universität 4, zu 20 M. Geldstrafe; der Obsthändler Otto Jöhnert, Herrenstraße 26, zu 50 M. Geldstrafe; die Händlerin Hedwig König, Raffineriestraße 5, zu 50 M. Geldstrafe;

Rosi Zurflüh.

35] Eine Geschichte aus den Alpen von Johannes Scherr.

(Nachdruck verboten.)

Dies sagend sprang sie auf, schnellte sich ihm mit dem Sprung einer Lazerte an den Hals, strich ihm schmeichelnd die Haare aus der Stirn, funkelte ihn mit feuerwerfenden Augen an und überschüttete ihn mit stürmischen Liebkosungen, die er nicht von sich wies.

Rosi hatte genug gesehen, genug gehört. Mit brennenden Wangen und pochenden Schläfen wankte sie rückwärts aus ihrem Versteck, und als sie draußen auf der Matte im Sonnenschein stand, hätte sie die Sonne fragen mögen: Kannst du denn, darfst du denn das alles bescheinen?

Dann preßte sie die Hände auf die Brust, als wollte sie das furchtbare Hämmern ihres Herzens unterdrücken, und flüsterte in sich hinein: „Da ist eine zuviel in der Welt, und die bin ich!"

Sie stand einige Minuten schwankend, schwindelnd. Ein Meer von Weh warf Wogen in ihrer Seele. Endlich murmelte sie wie irrsinnig: „Ich möcht' wohl den Wildsee wieder mal sehen."

So ging sie die Bilgismatte aufwärts, immer aufwärts, bis sie zu der Felswand kam, die hinter der Rütlihalde aufsteigt. Sie warf keinen Blick nach ihrem Hause hinunter, sie sah es gar nicht, sondern ging immer zu, sich in das Schluchtengewinde vertiefend, das um den östlichen Abhang des Glanzhorns hergebreitet ist. Dem dahinrauschenden, da und dort von Lawinentrümmern überbrückten Bach entgegen stieg sie höher in die Wildnis hinauf, als hätte sie der Welt und den Menschen entfliehen wollen, für immer.

So mochte sie eine Stunde und noch länger gestiegen sein, als sie, um einen Vorsprung der Bergwand biegend, den Wildsee in seiner tiefen Mulde vor sich liegen sah.

Es ist eine Szene von unendlicher Traurigkeit. Von drei Seiten steigen die Granitwände schroff und nackt empor, und in diesem Kessel breitet der kleine See seine dunklen Wassermasse aus. Mit grauen Moosbärten überhangene Arven stehen um das Ufer her und beleben nicht, sondern erhöhen nur das Düster einer Oede, die einem das Herz beklemmt. Man muß den Kopf weit in den Nacken zurückwerfen, soll das in diesem Felsenkerker gefangene Auge droben ein Stückchen blauen Himmels erhaschen. Selbst wenn die Sonne im Zenit steht, herrscht hier unten ein kaltes, bleiches Dämmerlicht, und die unheimliche Stille wird nur momentan durch den Pfiff eines Murmeltiers droben am Firmschnee unterbrochen oder durch den heiteren Schrei eines über die Schlucht hinschwebenden Geiers.

Rosi war dem See bis auf wenige Schritte nahegekommen, als sie zusammenschrak und stehen blieb.

Am Ufer saß ein Mann auf dem Stamm einer von der Zeit gefällten Arve. Er hatte die Arme auf die Knie und den Kopf auf die Hände gestützt. So schien er schon lange gesessen zu haben, auf die düstere Wasserfläche starrend. Jetzt aber wandte er den Kopf der Kommenden entgegen, und Rosi erkannte den Pfarrer.

Sie erwachte wie aus einem schweren Traume.

„Es sollte nicht sein," sprach sie bei sich, „oh, mein Gott, es soll nicht sein!"

Elftes Kapitel.

Am Wildsee.

Es waren auch keine heiteren Gedanken gewesen, die den Pfarrherrn von Windgellen schon frühmorgens in die Bergwildnis getrieben hatten.

Am gestrigen Abend war 's Vreneli aus der Zwihl zu ihm ins Pfarrhaus gekommen und hatte ihn unter Tränen angegangen, der Mutter und ihr einen Rat an die Hand zu geben, was sich für die arme Rosi tun ließe. Denn was seit vormittags in betreff des Ruodi und des Schwarzelsi im ganzen Dorfe in aller Mund war, hatte natürlich auch nach der Zwihl gelangen müssen, und jetzt war dort der Jammer groß. So etwas war der Zwihlbäurin noch nicht vorgekommen, und sie wußte sich in der ersten Bestürzung gar nicht zu helfen.

Der Pfarrer hatte heute am frühen Morgen mit der bekümmerten Mutter eine Unterredung in der Zwihl gehabt und war dann ins Rütli hinabgegangen. Er hatte zu diesem Gange die ganze Stärke seines seelsorgerischen Pflichtgefühls aufbieten müssen, um so mehr, da er wohl fühlte, daß bei Gestalt der Sachen mit den gewöhnlichen pastoralen Hausmitteln nicht auszukommen sei. Er wollte aber doch bei dem Ruodi einen ernsten Versuch machen, zu retten, was überhaupt noch zu retten sei. Da er aber im Rütli weder den Hausherrn noch die Hausfrau antraf und vom Mareili erfuhr, daß jener nach Thun in den Dienst sei, mußte er einstweilen unverrichteter Dinge fortgehen, da er die Heimkunft Rosis nicht abwarten wollte. Er hatte nicht den Mut dazu, das Leid der armen Frau mit anzusehen. Schon die Oede und Stille des Hauses machte einen tiefschmerzlichen Eindruck auf ihn, dem er sich nicht lange hingeben mochte.

Hier waren alle Bedingungen eines friedlichen und glücklichen Daseins gegeben, dachte er im Fortgehen, und dennoch — was ist jetzt aus diesem Frieden und Glück geworden? Nur Zerstörung. Vertrauen, Wahrhaftigkeit, Liebe — alles dahin, der törichtsten Schwäche, der jämmerlichsten Sinnlichkeit zum Opfer gefallen. Oh, der Elende, der Elende! In den Armen einer herzlosen Gauklerin hat er das treueste Herz vergessen, das je für einen Mann geschlagen. Einer Schwarzelsi hat er eine Rosi geopfert. Ist es den möglich, wirklich möglich? Kann es denn sein, daß der Mensch den lautersten Diamant wegwirft um einer Glasperle willen? Oh, du arme, arme Rosi, du wirst das nie verwinden, so wie ich dich kenne, nie! Du wirst nicht verzweifeln, wirst nicht klagen, wirst ohne Murren dein Kreuz auf dich nehmen; aber du wirst auch all dein Leben lang nie mehr von Herzensgrund lachen. So jung du noch bist, ist dein Leben doch schon beschlossen; denn was noch übrig bleibt, ist nur wie ein Schatten, den die Vergangenheit in die Gegenwart hinüberwirft. Glücklich kannst du nie mehr werden, denn du gehörst zu jenen Wesen, die nur glücklich sind, wenn sie beglücken, und beglücken kann nur ein ganzes, nicht aber ein bis in seine Tiefen zerrissenes Herz. Armes Weib, nicht drei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191712 12-14/fragment/page=0005

die Händlerin Anna Edner geb. Kraft, Moritzkirchhof 3, zu 60 M. Geldstrafe.

* **Unreeller Handel.** Gegen die Händlerin Minna Peter geb. Schelle ist durch Strafbefehl des Amtsgerichtes zu Merseburg wegen verbotenen Aufkaufs von Eiern und Ueberschreitung der Höchstpreise für Eier eine Geldstrafe von 15 M. festgesetzt worden. — Die Händlerin Luise Donner geb. Krähnert, Fleischerstraße 8, ist durch rechtskräftiges Urteil des Schöffengerichtes wegen Preiswuchers zu einer Geldstrafe von 75 M. oder 25 Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt worden.

* **Immer wieder Höchstpreisüberschreitungen.** Gegen den Handelsmann Karl Block, Anhalter Straße 3, ist durch Strafbefehl des Amtsgerichts wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Aepfel und Birnen eine Geldstrafe von 30 Mark oder 6 Tagen Gefängnis festgesetzt worden. — Gegen die Händlerin Klara Mittler, Fischerplan 3, ist durch Strafbefehl des Amtsgerichts wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Gurken eine Geldstrafe von 20 Mark oder 4 Tagen Gefängnis festgesetzt worden.

* **Tot aufgefunden.** Ein Invalid wurde in seiner an der Kl. Brauhausstraße befindlichen Wohnung als Leiche aufgefunden und nach dem Südfriedhof überführt.

* **Von der Straße.** In der Geiststraße stieß ein Kutschwagen mit einem Milchfuhrwerk zusammen. Das gestürzte Pferd und der Wagen wurden von einem vorüberfahrenden Straßenbahnwagen gestreift und beschädigt.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Die Nationalitätsfragen an unserer Ostfront bespricht auf Grund eigener Anschauung heute (Mittwoch) abend ½9 Uhr im St. Nikolaus Herr Prof. Dr. Otto Bremer, der soeben von einer im Auftrage der Heeresverwaltung unternommenen Reise von Ober-Ost zurückgekehrt ist. Der diesen Vortragsabend veranstaltende Allgemeine Deutsche Sprachverein heißt jedermann als Gast willkommen.

Stadttheater. Heute Mittwoch „Die Komödie der Irrungen“, Donnerstag, „Fledermaus“, Freitag zum erstenmal „Das Konzert“, Lustspiel von Hermann Bahr, Sonnabend „Die verkaufte Braut“, Sonntag nachmittag (Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen) „Der Trompeter von Säkkingen“, abends „Die toten Augen“ zur Aufführung.

Aus der Provinz.

Bitterfeld. Weihnachtsbescherung armer Kinder. Zu der Christbescherung für arme Kinder hiesiger Stadt haben sich, wie mitgeteilt wird, bis jetzt nahe an 700 Kinder gemeldet. Davon werden wie im Vorjahre 400 bis 480 berücksichtigt werden können, wenn, wie zu hoffen ist, die Sammlungen ein gleiches oder, was noch viel wünschenswerter wäre, ein höheres Resultat ergeben. Die Preise für die zu bescherenden Sachen sind gegen das Vorjahr noch erheblich gestiegen, für gekaufte wollene Strümpfe mußten über 1100 Mark und für Holzpantoffeln noch mehr angelegt werden. Dabei ist der in den Friedensjahren angesammelte Reservefonds in Höhe von über 2000 M. vollständig erschöpft. Wird nun auch in der Hauptsache nur auf die Anschaffung von praktischen Geschenken Wert zu legen sein, so sollen doch auch die Kinder etwas für das tägliche Leben und an die hohe Bedeutung des Christfestes Erinnerndes beschert erhalten. Das Komitee hat aber schwere Sorge, etwas Passendes, was leicht und ohne große Mittel zu haben ist, zu bekommen. Wurden in den ersten Jahren der Christbescherung 70 bis 80 Kinder bedacht, so hat sich diese Zahl bis vor dem Krieg auf 150 und während des Krieges auf 400 bis 480 erhöht. Da nun auch die Väter der meisten zu bescherenden Kinder im Felde stehen, so wollen auch wir an alle die dringende und herzliche Bitte richten, den Kindern unserer tapferen Feldgrauen den Weihnachtstisch mit decken zu helfen und gern und freudig die Gaben den Sammelstellen übermitteln.

Naumburg. Sozialdemokratische Versammlung. Nach langer Pause fand auch hier wieder einmal eine von der sozialdemokratischen Partei einberufene öffentliche Versammlung statt, die den großen Ratskellersaal fast vollständig füllte und auch von bürgerlicher Seite zahlreich besucht war. Leider mußte der vorgesehene Referent, Genosse Thiele, erklären, daß er durch starke Erkältung außerstande sei, sein Referat: „Zum Frieden nach innen und außen“ zu erstatten, wofür Genosse Drescher (Halle) diese Aufgabe übernommen habe. In fast zweistündigen Ausführungen legte dieser den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion und der Mehrheit des Reichstags dar, wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen. Die Ansicht der ebenfalls erschienenen „Unabhängigen“ vertrat der Redakteur Blechschmidt (Zeitz) in längeren Ausführungen. Ein Herr Bonitz versuchte den Anwesenden die Bestrebungen der Vaterlandspartei verständlich zu machen. In seinem Schlußwort widerlegte Genosse Drescher mit sichtlicher Wärme und in glücklichen Ausführungen die Einwände der Gegenredner, insbesondere die Blechschmidtschen unter sichtlicher Zustimmung der durch ihre lange Dauer allerdings zum Schluß stark gelichteten Versammlung.

Zeitz. Vom städtischen Arbeitsnachweis. Im November wurden in 175 offene Stellen von 84 männlichen Arbeitssuchenden 49 vermittelt, die sich verteilten auf: Landwirtschaft 2, Ziegeleien 2, Eisenbearbeitung 1, Holzbearbeitung 1, Nahrungsmittelgewerbe 1, Baugewerbe 8, Heizer 1, sonstige Fabrikarbeit 24, sonstige Lohnarbeit 14. Von 75 weiblichen Arbeitssuchenden wurden in 94 offene Stellen 46 vermittelt, die sich verteilten auf: Landwirtschaft 2, Metallbearbeitung 2, Papierindustrie 1, Holzindustrie 13, Vervielfältigungsgewerbe 1, sonstige Fabrikarbeit 22, Handelsgewerbe 1, sonstige Lohnarbeit 4.

Gröben. Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen der A. Riebeckschen Montanwerke A.-G., Grubenverwaltung von Voß, erfolgt Sonnabend, 22. Dezember, in der Leutestube der Grube von Voß. Es kommen daran: Grube Winterfeld von früh 9 Uhr, Siegfried und Trebnitz 9¼ Uhr, von Voß 9½ Uhr, Margarete von 10 Uhr an. Beträge, die an diesem Tage nicht abgeholt werden, können erst bei der Januar-Auszahlung zur Verrechnung kommen.

Wittenberg. Das Adventsingen, als das jetzt das neuerweckte Kurrendesingen angesprochen werden kann, hat nach Mitteilungen von unterrichteter Seite bis vor ungefähr 60 Jahren noch bestanden. Die Adventsänger waren die aus der Bürgerschule ausgewählten und durch einige Schüler des Gymnasiums verstärkten Chorsänger der Stadtkirche, die von dem jeweiligen Kantor dieser Kirche für ihren Adventsumgang besondere Gesangsstunden unterhielten. Abends mit Einbruch der Dunkelheit hallten dann die Weihnachtslieder dieser Sänger aus den Häusern wieder. Das Straßenbild, das sich damals den Blicken bot, war freilich von dem heutigen verschieden, wenn auch in diesem Kriegsjahre infolge des durch Kohlenknappheit herbeigeführten Lichtmangels manches mit Rüböllämpchen erleuchtet, die in eiförmigen Glasballons brannten und nur ein kümmerliches Licht verbreiteten. Gas und elektrisches Licht waren hier noch unbekannte Lichtquellen. Die Bäche, die durch die Straßen fließen, waren zum Teil noch offen, und so waren die Handlaternen eine ebenso notwendige als ständige Erscheinung im Straßenbilde unserer Stadt. Sie zeigten auch das Kommen der Adventsänger an, die, um die Laterne geschart, immer näher kamen, deren Lieder immer lauter und deutlicher klangen, bis die Sänger endlich unten ins Haus hineinbuschten, möglichst leise die Treppe heraufkamen, sich aufstellten, um dann aus voller Brust die alten, schönen Weisen erklingen zu lassen: „Vom Himmel hoch“ — „Dies ist der Tag, den Gott gemacht“ — „Hosianna Davids Sohn.“ Drinnen in den Stuben aber lauschten die Kinder und Eltern und feierten Advent. Manchmal bot auch die Großmutter eine besondere Zugabe aus ihrer Kinderzeit, wie „Es ist ein Ros entsprungen u. a. Dann zogen die jugendlichen Sänger, mit einer kleinen Münze beschenkt, weiter, um die Adventsfreude auch in andere Häuser zu tragen. Als dann im Laufe der Zeit sich allerlei Mißstände bei den Sängern herausbildeter — kleine Kneipgelage und dergleichen —, da bedeutete dies das Ende der Adventsingumgänge, die mit Schluß der fünfziger Jahre aufhörten.

Wittenberg. Diebstähle. In der Nacht zum Sonntag sind aus einem verschlossenen Stall des Garnisonverwaltungs-Inspektors Beicher, im Brückenkopf, 8 Hühner gestohlen und am Orte abgeschlachtet worden. — Aus einen Hof in der Collegienstraße 84, wurden dortselbst aufgehängte Damenhemden im Werte von 300 Mark gestohlen.

Aus der Partei.

Ein Veteran von der „Roten Feldpost“ gestorben.

In Emmishafen bei Konstanz starb am 28. November der 75 Jahre alte in Wahlwies im badischen Seekreis gebürtige Parteiveteran Simon Maus. Von Beruf Schreiner hat der Verstorbene seit seinen Wanderjahren ununterbrochen der Partei und Gewerkschaft angehört. Während des Sozialistengesetzes stand Maus, nach der Herausgabe des „Sozialdemokrat“ in Zürich alle Gefahren und Verfolgungen auf sich nehmend, in der von Belli organisierten Grenztruppe der „Roten Feldpost“ seinen Mann. Eine Lungenentzündung hat nun rasch den Tod des alten Kämpen herbeigeführt, der bis an seinen Lebensabend in dem Geschäft seines alten „Roten-Feldpost“-Genossen T. H. Haug und nach dessem Tod bei dem Sohn Karl Haug Beschäftigung gefunden hatte.

•

Das Protokoll des Würzburger Parteitages

wird in einigen Tagen versandfertig. Der Papierknappheit wegen konnte nur eine kleine Auflage gedruckt werden und da Nachdruck ausgeschlossen ist, wird um baldige Bestellung gebeten. Das Protokoll umfaßt mit den Anhängen 640 Seiten und enthält außer den Verhandlungsberichten die Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion für die Jahre 1914/17 und im Anhang die Berichte für das Jahr 1914, die dem durch den Kriegsausbruch vereitelten Parteitag von 1914 vorgelegt werden sollten. In dem Protokoll haben ferner die schriftlich erstatteten Berichte über „Die nächsten Aufgaben der Partei“ Aufnahme gefunden und zwar: 1. Demokratisierung von O. Landsberg; 2. Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik von H. Cunow; 3. Die künftige Finanzpolitik von W. Keil; 4. Unsere sozialpolitischen Aufgaben von R. Wissell.

Der Preis beträgt für das broschierte Exemplar 3 M., für das gebundene Exemplar 5.— M. Die auf besserem Papier gedruckte Ausgabe für den Buchhandel kostet broschiert 6 M., gebunden 9.— M. Diese Ausgabe kann durch jede Buchhandlung bezogen werden oder vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Die Sozialistischen Monatshefte, redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Potsdamer Str. 121 h) haben soeben das 24. Heft ihres 23. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Katheder- und Kanzlerimperialismus, von Dr. Ludwig Quessel, Mitglied des Reichstages. — Rußland und die deutsche Politik, von Max Schippel. — Die Pflicht zum Parlamentarismus, von Hermann Kranold. —Rodin, von Käthe Kollwitz (mit einer Zeichnung von Lisbeth Stern). — Die Frauenberufsarbeit als erzieherisches Problem, von Heinrich Schulz, Mitglied des Reichstages. — Justizreform von innen heraus, von Dr. Alfred Bozi. — Koloniale Arbeitsverfassung und Bevölkerungspolitik, von Max Schippel. — Die Geschichtsforschung der Reformation, von Dr. Alfred Keller. — Die angebliche Unannehmbarkeit der Kantischen Philosophie, von Dr. Raphael Seligmann. — Neue Dramen, von August Döppner. — Der Einfluß des Krieges auf die Gesundheit der Jugend. Von Dr. Adolf Kraft. — Bauaufgaben, von Paul Westheim, und anderes mehr.

Der Preis des Heftes beträgt 60 Pf., Vierteljahrsabonnement 3,60 M. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, sowie direkt durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W. 35.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden.

Nach dem Reichsarbeitsblatt waren im Monat Oktober nach den von 32 Fachverbänden (mit 1 029 943 Mitgliedern) gelieferten Angaben 7225 Mitglieder arbeitslos. In Prozenten ausgedrückt sind dies 0,7 gegen 0,8 im September d. J. und 2 Prozent im Oktober 1916.

Kleines Feuilleton.

Die nördlichste Eisenbahnstation der Erde.

Auch in Skandinavien überschreitet die Eisenbahn den Polarkreis und tritt demnach in die kalte Zone ein. Dort gibt es sogar auf der Strecke, die nach den großen lappländischen Eisenbergwerken führt, eine Station, die den Namen Polarkreis führt. Vor dem Kriege war die nördlichste Eisenbahnstation der Erde überhaupt der Hafen Narwik an der norwegischen Küste, wo diese Eisenbahn unter etwa 68½ Grad nördlicher Breite endet. Seitdem aber hat sie diesen Rang abtreten müssen an den russischen Hafen Romanow, der dann nach dem Sturz der Zarenherrschaft in Murman umgetauft nach dem Namen der Küste, an der er gelegen ist. Er war von Natur dazu berufen, in diesem Krieg für Rußland der wichtigste Küstenplatz überhaupt zu werden, denn nachdem die Ostsee und das Schwarze Meer für den Verkehr Rußlands mit seinen Bundesgenossen gesperrt war, war dort der einzige Hafen, der fast immer eisfrei ist. Und wäre er bereits vor Kriegsausbruch durch eine leistungsfähige Eisenbahn nach Petersburg hin verbunden gewesen, so hätte sein Verkehr einen fabelhaften Aufschwung nehmen und das ein halbes Jahr vom Eis blockierte Archangelsk, das im Jahr 1916 60 mal so viel Waren umschlug als 1913, weit in den Schatten gestellt. Aber diese Bahnverbindung fehlte eben, und damit war der schöne Hafen wertlos. Die nächste Eisenbahnstation von Murman liegt im nördlichen Finnland nicht weniger als 230 Kilometer entfernt, aber auch dieser Anschluß hätte einen großen Umweg auf Petersburg hin bedeutet. Man entschloß sich also wohl oder übel, eine gradlinige Bahn von Nord nach Süd zu bauen, die fast 1500 Kilometer lang sein mußte, also so weit wie von Königsberg über Berlin und Frankfurt nach Basel. Die Bahn wird nun vielleicht, wie Dr. Rich. Hennig in Petermanns Mitteilungen nachweist, für diesen Winter benutzbar sein, aber jetzt ist sie wiederum durch die Staatsumwälzungen in Rußland und durch die Lockerung der Beziehungen zur Entente entwertet worden, ehe sie eigentlich in Gebrauch genommen war. Was dieser Bahnbau gekostet hat, darüber liegen keine Angaben vor, billig ist er selbst unter rücksichtslosester Ausnutzung von Arbeitskräften keinesfalls gewesen, da ein großer Teil der Strecke durch Sümpfe führt, und auf Pfahlwerk errichtet werden mußte. Diese Sümpfe brüten im Sommer die Milliarden von Mücken aus, denen die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten unter den Arbeitern zuzuschreiben war. Auf den vermeintlich fertigen Strecken haben sich immer wieder Bodensenkungen gebildet, so daß die Bahn selbst in ihrem eingleisigen Zustand nicht für ein zuverlässiges Verkehrsmittel gelten konnte. Es ist nun die Frage, was aus dieser Eisenbahn werden soll, wenn einmal Frieden wird und Rußland damit den Verkehr von seinen übrigen Häfen aus frei bekommt. Das Land ist weit umher fast ganz unbewohnt und für Ackerbau durchaus ungeeignet. Die einzigen Ausnutzungsmöglichkeiten würden die endlosen Waldungen bieten, die in der Nähe der Bahn anstehen und bei einer guten Bewirtschaftung hohen Wert erhalten könnten, zumal auch eine Bearbeitung des Holzes an Ort und Stelle durch den Reichtum an Wasserkräften möglich wäre. Zu einer glänzenden Entwicklung dürfte die nördlichste Eisenbahnstation der Erde aber auch dadurch nicht mehr gelangen, sie hat eben ihre Zeit verpaßt.

Humoristisches.

Gleich und gleich! In unserer Gemeinde war Preisviehausstellung. Auf dem Programm war zu lesen: 11 Uhr: Ankunft des Preisviehes. 12 Uhr: Ankunft der Preisrichter. 1 Uhr: Gemeinsames Mittagessen. (Aus der Jugend.)

Wahres Geschichtchen. Zeit: vor dem Kriege; es hatte eines Tages Gänsebraten zu Mittag gegeben. Klein-Evchen steht am nächsten Abend neben der Mutter, welche in der Küche das außer wenigem Fleisch übriggebliebene Gerippe der Gans auf seine weitere Verwertbarkeit für den Tisch prüft. Nach längerem Zuschauen kommt ganz ernsthaft die Frage von unseres Kindes Lippen: „Mutti, sag' bitte mal, das ist wohl das Korsett von der Gans?“ (Aus der Jugend.)

•

Dünnbier.

(Frei nach Heine.)

Die Bar erglänzte kolossal
Im Bogenlampenscheine.
Ich saß in dem stilvollen Bierlokal,
Ich träumte still und alleine.

Die Lampen surrten. Die Luft ging frisch,
Die Hebe lief hin und wieder.
Auf meinem einsamen Zechertisch
Setzt' sie den Humpen nieder.

Sie lobte das Bier aus dem Effeff.
Ich tuschte stumm und verdrossen
Und habe von dem Ersatzgesöff
Fünf Liter hinabgegossen.

Seit dieser Stund' verzehrt sich mein Leib,
Bin krank an Darm und Niere:
Mich hat das unglückselige Weib
Vergiftet mit ihrem „Biere“.

Altra in der „Welt am Montag“.

---

volle Jahre ist dir der Mann treu geblieben, für den du tausend Tode gestorben wärest. Und du hast auch kein Kind, an dessen Lächeln du dir das wunde Herz heilen könntest und das dich, indem es dir den süßen Namen Mutter zuriefe, erinnerte, daß dein Leben doch noch einen heiligen Zweck hätte. Nein, du bist nur dazu da, ein neues trauriges Beispiel für die trostlose Lehre abzugeben, daß das Schöne bloß geschaffen sei, um in den Staub getreten zu werden, und daß die Guten nur in die Welt kommen, um zu leiden. — Oh, diese Welt, diese Welt! Es liegt in dem finsteren Glauben an ihre Ver- und Durchteufelung ein tieferer Sinn, als unsere Philosophie sich träumen läßt. Dieser Glaube ist nur der wahnsinnige Aufschrei der Kreatur über die schreckliche, zwischen Geburt und Tod sich bewegende Komödie, in der wir alle in dieser oder jener Rolle aufzutreten gezwungen sind. Wohl dem noch, der nur eine allerbescheidenste Nebenrolle zu spielen hat! Er entgeht wenigstens jenem Martyrium, das die bleichen, todesbangen Stirnen seiner Opfer wie zum Hohn mit Lorbeer bekrönt. Der banausischen Mittelmäßigkeit gehörte von jeher die Erde mit ihren Genüssen, während die Träger des Genius, die Verkünder des Ideals, alle die Denker und Dichter, Seher und Propheten, alle die wirklichen Helden der Menschheit als unerkannte, ja verkannte, verlästerte und verfolgte Fremdlinge darüber hinwandeln und zufrieden sein müssen, wenn ihnen die Brosamen vom Bankett des Lebens zufallen. Dann, wann sie, von Mühen und Sorgen verzehrt, in ihren frühen Gräbern schlummern, kommt die gemeine Betriebsamkeit und Eitelkeit herbei und bläst die Trompete und schlägt die Pauke, und derselbe stumpfsinnige Haufe, der die Lebenden verkümmern und verhungern ließ, vergöttert die Toten oder stellt sich wenigstens so an. Da hab' ich gestern eine Zeitung gelesen, daß in England die Säkularfeier von Burns', in Deutschland die Säkularfeier Schillers aufs festlichste begangen werden soll. Und den Burns ließen sie sein Leben lang zwischen der Pflugschar und dem Schuldturm sich abmühen und den Schiller ließen sie sich zu Tode arbeiten, und als der große Tote begraben werden sollte, war nicht Geld genug im Hause, den Sarg zu bezahlen. Oh, man könnte angesichts solcher Tatsachen unschwer zu der Ueberzeugung kommen, das ganze menschliche Leben, die ganze Weltgeschichte sei nur eine Ironie Satans.

Wenn der gute Milder, wie nicht selten geschah, in Selbstgesprächen von solcher Färbung sich erging, war er schon gewohnt, die Einsamkeit der Berge aufzusuchen, und so war er denn auch an diesem Morgen vom Rütli aus ohne Plan und Ziel die Schluchten am Glanzhorn hinaufgestiegen bis zum Wildsee. Er kannte den Ort und war schon häufig da gewesen. Schon manche Stunde lang hatte er unter den moosbehangenen Arven gesessen und auf den düsteren Wasserkessel zu seinen Füßen geblickt! Schon manchmal hatte er dabei träumerisch vor sich hingesprochen: „Da unten ist's kühl und still, da müßte sich's gut ruhen.“

Er traute auch kaum seinen Augen, als er die arme Rosi an diesem unheimlichen Ort so plötzlich vor sich sah. Hatte ein schrecklicher Entschluß sie herführt? Die trübe Unstete in ihrem sonst so klaren und sanften Auge gab ihm diese Frage ein. Aber er sprach sie nicht aus, sondern seine Ueberraschung, so gut er konnte, bemeisternd, stand er auf, ging ihr entgegen, bot ihr nach Landesbrauch die Hand und sagte, sich zu einem unbefangenen Tone zwingend: „Euch hätte ich wahrlich nicht hier zu sehen erwartet, Frau Zurflüh.“

„Ja“, versetzte sie, nach Fassung ringend, „ich weiß nicht — 's ist wunderlich — es trieb mich so, den Wildsee wieder einmal zu sehen.“

Da er bemerkte, wie sie zitterte, führte er sie sanft zu dem Baumstamm, worauf er gesessen.

Als sie sich niedergelassen, blickte sie auf die finstere Tiefe, schauderte zusammen und sagte mit bebender Stimme: „Herr Pfarrer, Ihr seid stets so gut gegen mich gewesen — ich kann und will's Euch nicht verschweigen — ich — oh, wenn Ihr nicht dagewesen, läge ich jetzt da unten.“

„Arme, arme Rosi, so weit ist's mit Euch gekommen?“

„Ja, so weit! Oh, ich hab' heut morgen und gestern und schon lange, lange her mehr Leid erfahren, als Fleisch und Blut zu ertragen vermögen.“

„Ich weiß, ich weiß und — glaubt mir, es lebt einer, der um Euch und mit Euch litt, seit er bemerkte, daß das Lächeln von Euren Lippen verschwunden.“

Sie sah zu ihm auf mit dem Zutrauen eines Kindes, das eine Vertrauen erweckende Stimme in seinem Leide tröstet. Der teilnahmevolle Blick des Pfarrers tat ihr wohl.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171212-14/fragment/page=0006